

Partizipationsbericht des Jugendamtes Düsseldorf

Warum brauchen wir Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?	3
Subjektfähigkeit des Einzelnen	5
Normierung in den Gesetzen und internationalen Vereinbarungen	5
Partizipation: Zielgruppe Kinder und Jugendliche.....	7
Empirische Befunde zu Partizipation von Kindern und Jugendlichen.....	7
Shell-Studie 2015	7
Sinus-Studie 2016.....	8
Düsseldorfer Jugendbefragung.....	10
Partizipation im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe	11
Gelebte Praxis am Bildungsort – Tageseinrichtungen für Kinder.....	11
Gelebte Praxis innerhalb einer Institution – Lebensort Heim	12
Ombudschaft für unbegleitete minderjährige Ausländer – Rechte wahren und Beteiligung sicherstellen.....	16
Eine Frage der Haltung – Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	17
Repräsentative Formen - Der Düsseldorfer Jugendrat	23
Jugendverbände und Jugendring in Düsseldorf als feste Bestandteile gelebter Beteiligung von jungen Menschen in Düsseldorf	24
Qualität der Beteiligungsformen.....	30
Theoretische Annäherungen.....	30
Qualitätsstandards an Beteiligung	33
Wichtige Aspekte für die Jugendhilfe	33
Perspektiven für ein partizipatives Düsseldorf	36
Politische Leitlinie.....	36
Perspektiven und Maßnahmen	37
Servicestelle Partizipation	37
Kinder- und Jugendcheck („Jugend checkt Düsseldorf“).....	38
Jugendforen	39
Partizipationsmanager/innen	39
App „#Stadtcheck“	40
Praxisbericht der Düsseldorfer Jugendhilfe.....	41
Jugendbefragung: Jugend braucht FreiRaum!?	41

Warum brauchen wir Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?

Kinder und Jugendliche haben ein gesetzlich verankertes Recht auf Beteiligung und Mitsprache, was richtig und gut ist. Denn durch Mitwirkungsmöglichkeiten lernen junge Menschen, dass es im demokratischen System und in der eigenen Lebenswelt notwendig ist, sich einzumischen. Gleichzeitig eröffnet Beteiligung vielfältige Lern- und Handlungsfelder für junge Menschen. Eine früh einsetzende Partizipation stärkt die sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen und befähigt sie dazu, sich für ihre Belange und Wünsche einzusetzen. Partizipation liefert aber auch wichtige Erkenntnisse und Einblicke in die Lebenswirklichkeit junger Menschen für die am Prozess beteiligten Erwachsenen.

Die Kommune ist ohne Zweifel der Ort, an dem Beteiligung von Kindern und Jugendlichen organisiert und stattfinden muss. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die aktuelle Situation in der Landeshauptstadt Düsseldorf, so ist festzustellen, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bereits eine elementare Handlungsmaxime für viele pädagogische Fachkräfte darstellt. Dies zeigt sich nicht nur im pädagogischen Alltag, sondern auch in zahlreichen konkreten Projekten. Dennoch kann natürlich noch nicht davon gesprochen werden, dass in Düsseldorf eine umfassende Sicherung von Kinderbeteiligungsrechten tatsächlich erreicht werden konnte.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf hat diesem Umstand Rechnung getragen und am 17.11.2016 die Verwaltung beauftragt Kinder und Jugendliche in Beteiligungsverfahren zu allen Projekten einzubeziehen, die diese Bevölkerungsgruppe betreffende stadträumliche oder sozialstrukturelle Veränderungen zur Folge haben. Bereits im März 2015 hatte der Jugendhilfeausschuss anlässlich der Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans für die Periode 2015 bis 2020 die Verwaltung beauftragt darzustellen, wie eine Ausweitung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen – besonders in Form einer U27-Tauglichkeitsprüfung für alle neuen Projekte und Beschlüsse auf stadtweiter Ebene sowie für Projekte, die sich bereits in der Planungsphase befinden – umgesetzt werden kann.

Echte Partizipation von Kindern und Jugendlichen setzt auf kommunaler Ebene die Erarbeitung und das Vorhalten umfangreichen Fachwissens voraus und erfordert den koordinierenden, aber auch begleiteten Einsatz entsprechend qualifizierten Fachpersonals. Gleichermaßen gilt für den entsprechenden Ausbau von Qualitätssicherungsinstrumenten. Die Sicherung von Kinderrechten ist schließlich als ein umfassender und stetiger Prozess zu

begreifen, der auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen behandelt und fortlaufend überprüft werden muss.

Mit diesem ersten Bericht zu Partizipation von Kindern und Jugendlichen möchte das Jugendamt einen zusammenfassenden Überblick zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Düsseldorf geben. Ausgehend von einer komprimierten Darstellung theoretischer Grundlagen, erhebt der Bericht dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte anhand einer Anzahl von konkreten Beispielen und Handlungsansätzen die Vielfältigkeit des Themas verdeutlichen. Er ist insofern als Beitrag zu einer tiefergehenden Fachdiskussion im Hinblick auf die notwendige Etablierung grundsätzlicher Partizipationsstandards anzusehen, auch über den engeren Bereich der Jugendhilfe hinaus.

Der Begriff Partizipation stammt aus dem lateinischen und lässt sich auf die Wörter ‚pars, partis‘ und ‚capere‘ zurückführen. Obwohl es in der Praxis viele Synonyme für Partizipation gibt, wie Mitwirkung, Mitgestaltung oder die eigentliche Übersetzung Beteiligung und Teilhabe, wird Partizipation als Fachbegriff verwendet.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen läuft darauf hinaus, einen Teil der Verfügungsgewalt über die eigene gegenwärtige wie zukünftige Lebensgestaltung von den Erwachsenen auf die Kinder und Jugendlichen zu übertragen. Es geht dabei um Entscheidungen, von denen die Partizipationsbeteiligten unmittelbar betroffen sind. Ernstgemeinte Partizipation verändert die Entscheidungsprozesse sowie die -ergebnisse und wirkt sich auf die Lebenswelt der betroffenen Kinder und Jugendlichen aus. Wenn im Folgenden von Partizipation gesprochen wird, sind Prozesse der Teilhabe bzw. Mitbestimmung von jungen Menschen, an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen in allen relevanten Lebensbereichen, gemeint. Gleichzeitig eröffnet Beteiligung vielfältige Lern- und Handlungsfelder für junge Menschen. Eine früh einsetzende Partizipation stärkt die sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen und befähigt sie dazu, sich einzusetzen. Partizipation liefert aber auch wichtige Erkenntnisse und Einblicke in die Lebenswirklichkeit junger Menschen für die am Prozess beteiligten Erwachsenen.

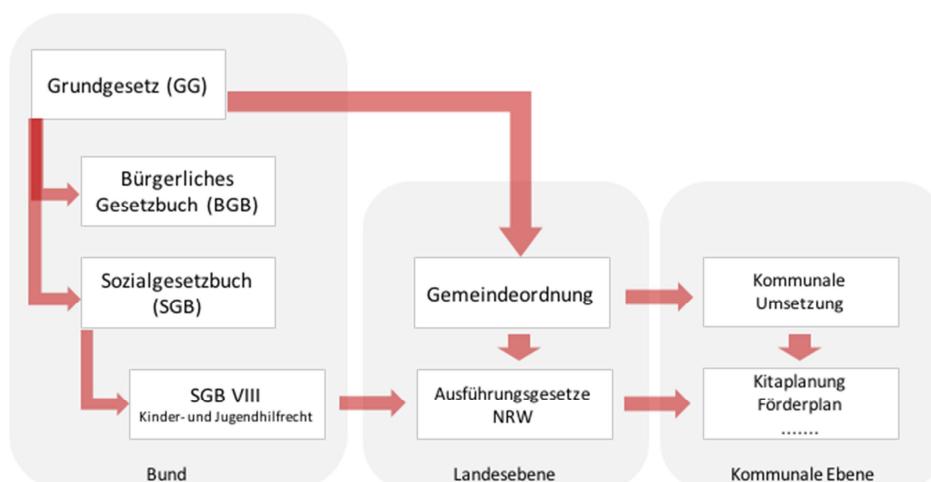
Subjektfähigkeit des Einzelnen

„Die Würde des Menschen bleibt nur unangetastet, wenn der Einzelne als grundsätzlich frei, wenngleich stets sozialgebunden, und nicht umgekehrt als grundsätzlich unfrei und einer übergeordneten Instanz unterworfen behandelt wird. (...) Menschenwürde ist egalitär; sie gründet ausschließlich in der Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, unabhängig von Merkmalen wie Herkunft, Rasse, Lebensalter oder Geschlecht.“¹

Dieses Menschenbild skizziert das Bundesverfassungsgericht Anfang 2017 im NPD-Verbotsverfahren, um zu zeigen was die Grundlage unserer Demokratie in Deutschland ausmacht. Anhand der Ausführungen wird deutlich, dass die Menschenwürde und auch das Recht auf die eigene Meinung nicht übertragen werden, durch eine gesetzliche Grundlage. Vielmehr ist es naturrechtlich verankert in unserem Menschenbild, welches sich dann in den gesetzlichen Grundlagen widerspiegelt. So muss bei allen Betrachtungen zu dem Thema festgehalten werden, dass Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene immer Subjekte der Beteiligung sind und eine Beteiligung von sich aus nötig ist. So können wir hier von einer realen Subjektwerdung im Aufwachsen sprechen.

Normierung in den Gesetzen und internationalen Vereinbarungen

Das Menschenbild und das Staatsverständnis spiegeln sich in den gesetzlichen Grundlagen wieder.



¹ BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13 / RN 540 – 541.
Jugendamt | Partizipationsbericht | Entwurf | Seite 5

Im Grundgesetz werden die wesentlichen Grundrechte festgehalten. Gerade im Bereich des Aufwachsens ist es bemerkenswert, dass durch die Hervorhebung der Familie in Artikel 6 GG ein Schutzraum geschaffen wird, der besonders Kinder und Jugendliche betrifft und auf den Rücksicht zu nehmen ist. In den weiteren gesetzlichen Ausführungen werden immer weiter auch die Partizipationsrechte benannt und für die einzelnen Handlungsfelder definiert. Dies betrifft nicht nur die Jugendhilfe, sondern auch viele andere Lebensbereiche, wie z. B. Schule oder Stadtplanung.

Das Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) stellt die zentrale Gesetzesgrundlagen zur Beurteilung der Notwendigkeit einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar. Das SGB VIII stellt ausschließlich Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt des Interesses und verpflichtet die Jugendhilfe „[...] die für Beteiligung und Engagement erforderlichen Kompetenzen bei jungen Menschen zu fördern, nachhaltige Beteiligungsprozesse anzustoßen und die passenden Rahmenbedingungen für Partizipation zu schaffen“. So besagt das Gesetz in § 8: „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“:

(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.

Die 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedete Kinderrechtskonvention (UN-KRK) ist für fast alle Staaten der Erde die entscheidende Richtschnur kinderpolitischen Handelns. Die Konvention definiert völkerrechtliche Verbindlichkeiten, zu den Rechten der Kinder bis zum 18. Lebensjahr, für die Vertragsstaaten in insgesamt 54 Artikeln. Insgesamt befassen sich fünf Artikel mit dem Recht zur Partizipation. Von zentraler Bedeutung ist hier insbesondere der Artikel 12 (UN-KRK):

Artikel 12 (1): Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

Artikel 12 (2): Zu diesem Zwecke wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch

einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit dem innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

Alle Vertragsstaaten unterliegen nach Artikel 44 (UN-KRK) einer Berichtspflicht, um sowohl Fortschritte wie auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu dokumentieren. Mittlerweile hat die Bundesrepublik bereits den vierten Staatenbericht vorgelegt.

Partizipation: Zielgruppe Kinder und Jugendliche

Empirische Befunde zu Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern bedeutet einerseits, Übungsfelder für demokratische Prozesse anzubieten, und andererseits, Kindern und Jugendlichen mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen. Der 10. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen verweist darauf, dass Jugendliche Teilhabe und Partizipation nicht allein bzw. nicht insbesondere als politische Beteiligung verstehen.² Es ist daher wichtig zu erfahren und zu verstehen, wie Jugendliche sich ihre Beteiligung vorstellen, wo sie sich einbringen und engagieren wollen. Eine Vielzahl von Studien liefern hierzu bereits Erkenntnisse zum Erfolg und der Wirkung diverser Beteiligungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern oder liefern Einblicke in die Lebenswelten junger Menschen. Daher lohnt sich ein kurzer Blick auf Ergebnisse der aktuellen Shell- und Sinus-Studien sowie die Resultate aus der Düsseldorfer Jugendbefragung.

Shell-Studie 2015

Alle vier bis fünf Jahre beauftragt die Deutsche Shell Holding Wissenschaftler und Forschungsinstitute damit, Studien durchzuführen um die Meinungen und Erwartungen von Jugendlichen in Deutschland einzufangen. Die Ergebnisse werden seit dem Jahr 1953 kontinuierlich in der Shell-Jugendstudie veröffentlicht und liegen im Jahr 2015 in der 17. Ausführung unter dem Titel „Eine pragmatische Generation im Aufbruch“ vor. Inhaltlich befasst sich die aktuelle Abfrage zum Stimmungsbild deutscher Jugendlicher mit den Themen Internet und Nutzung von sozialen Netzwerken, Freizeitbeschäftigungen, der Zuversicht hinsichtlich persönlicher Zukunft, sozialer Herkunft und gesellschaftlicher Zukunft, Freunde, Partnerschaft, Familienleben und Kinderwunsch, politischem Interesse, Erwartungen an die Berufstätigkeit und Ängsten. Die Ergebnisse der Studie zeigen unter anderem auf, dass die

² Ministerium für Familie, Kinder Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): 10. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, S. 32.

Jugendlichen pragmatischer und optimistischer sind als die Generationen zuvor. Sie möchten „zupacken“ und Chancen nutzen und sind bereit Risiken einzugehen. Besonders interessant ist die Erkenntnis, dass Jugendlichen dem politischen und gesellschaftlichen Geschehen wieder mehr Beachtung schenken. 41% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer würden sich als „politisch interessiert“ bezeichnen. 74% der Jugendlichen, die sich als politisch interessiert bezeichnen, informieren sich aktiv. Ein weiterer signifikanter Anstieg ist hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Demokratie zu verzeichnen. „Die hohe Zustimmung zur Demokratie in Deutschland korrespondiert mit einer hoch ausgeprägten Übereinstimmung mit zentralen Demokratienormen. Dazu gehören aus der Sicht der Jugendlichen vor allem die Meinungsfreiheit, das Recht zu wählen sowie die Möglichkeit, über Entscheidungen abstimmen zu können.“³ Trotz der gestiegenen Werte hinsichtlich politischem Interesse und der Zufriedenheit mit der Demokratie, bleibt die hohe Politikverdrossenheit bei Jugendlichen nahezu bestehen. Dies ergibt sich aus mangelndem Vertrauen gegenüber Politikern, dass diese sich tatsächlich für die Belange der Jugendlichen einsetzen.

Grundsätzlich lässt sich aus den Ergebnissen der Shell-Studie 2015 festhalten, dass sich Jugendliche wieder verstärkt für Politik interessieren und auch wieder eher bereit dazu sind, sich zu engagieren. Um dieses wieder gesteigerte Interesse zu nutzen, wird empfohlen, den Zugang zu Partizipationsmöglichkeiten über das Internet zu eröffnen.⁴

Sinus-Studie 2016

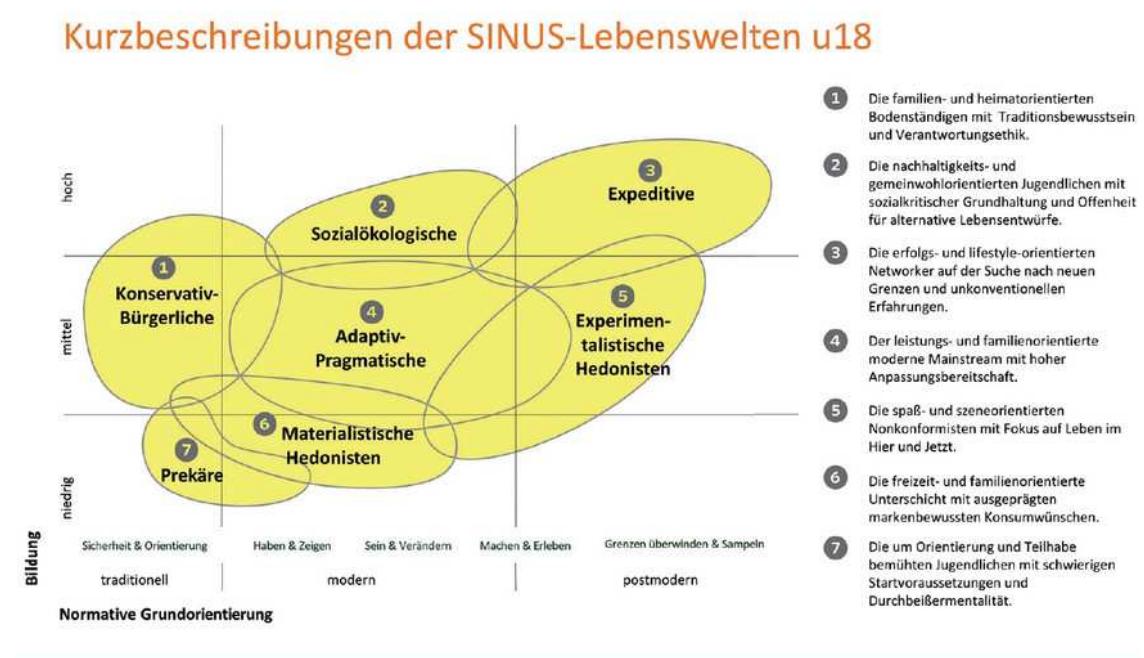
In diesem Jahr liegt die Studie des SINUS-Instituts zum dritten Mal vor und wurde unter dem Titel „Wie ticken Jugendliche?“ veröffentlicht. Anders als die zuvor genannte Shell-Jugendstudie, verfolgt die Sinus-Studie einen rein qualitativen Forschungsansatz, um einen Einblick in die Lebenswelt von 14- bis 17-Jährigen zu erhalten. Um die Lebenswelt der deutschen Jugendlichen möglichst differenziert zu erfassen, lag der Untersuchung eine Reihe von Fragen zugrunde. Diese reichten von „Was ist Jugendlichen in den verschiedenen Lebenswelten wichtig im Leben?“ über „Wie blickt man in den einzelnen Lebenswelten in die Zukunft?“ bis hin zu „Was sind typische Merkmale der Vergemeinschaftung und Abgrenzung in den jugendlichen Lebenswelten?“. Inhaltlich konzentrierte sich die Studie auf die Themenbereiche „Digitale Medien und digitales Lernen“, „Mobilität“, „Umweltschutz, Klimawandel und kritischer Konsum“, „Liebe und Partnerschaft“, „Glaube und Religion“,

³ Albert, M.; Hurrelmann, K.; Quenzel, G.; (2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015, (Studienzusammenfassung) S. 22.

⁴ Ebd.

„Geschichtsbilder“, „Nation und Nationalität“ und „Flucht und Asyl“.⁵ Basierend auf den Ergebnissen der Studie, wurden sieben unterschiedliche „Lebenswelt-Typen“ differenziert. Betrachtet man diese verschiedenen Kategorien an Jugendlichen bzw. ihre Lebenswelten, wird schnell ersichtlich, dass es nicht nur einen richtigen Ansatz der Partizipation geben kann. So würden sich konservativ-bürgerliche Jugendliche eher in festen Strukturen und Abläufen gut aufgehoben fühlen und beteiligen, wie dem Düsseldorfer Jugendrat. Während „materialistische Hedonisten“ (Vgl. Schaubild zu Sinus-Milieus) durch ihre starke Präsenz in sozialen Netzwerken vermutlich am ehesten auch darüber erreicht werden können. Für experimentalistische Hedonisten und expeditive Jugendliche sind hingegen eher spontane und kurzweilige Beteiligungsmöglichkeiten von Interesse, die Raum zur freien Gestaltung lassen (siehe Praxisbeispiel Crossgolf). Des Weiteren gibt es Personengruppen wie die der Prekären, denen die Möglichkeit sich zu beteiligen dazu verhelfen könnte, ein stärkeres Selbstbild zu entwickeln.

Schaubild zu den Lebenswelten der Sinus-Studie 2016⁶



Um also alle diese verschiedenen Jugendlichen „abzuholen“ und ihre Beteiligung zu ermöglichen, müssen verschiedene Partizipationsansätze erprobt und durchgeführt werden.

⁵ Vgl. Clambach, M.; Borgstedt, S.; Borchard, I.; Thomas, P. M.; Flaig, B. B. (2016): Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland, Wiesbaden, S. 14-21.

⁶ SINUS:akademie (2017): Jugendstudie – Wie ticken Jugendliche? URL: <http://www.wie-ticken-jugendliche.de/themen/jugendliche-lebenswelten.html> (zuletzt abgerufen: 07.03.2017=

Ein solcher Ansatz wird in Düsseldorf über den Partizipationsmix verfolgt. Viele Wege der Beteiligung von Mädchen und Jungen sind gegeben, sind gewünscht und werden unterstützt.

Düsseldorfer Jugendbefragung

Repräsentative Befragungen von Kindern und Jugendlichen können auch auf der kommunalen Ebene eine Option zur besseren Beteiligung sein. Im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans für den Förderzeitraum 2010-2014 wurde die Befragung Düsseldorfer Kinder und Jugendlicher als Maßnahme festgesetzt, um einen Einblick in deren Lebenswelt zu gewinnen und infolgedessen die Angebote der Jugendarbeit näher an den Bedürfnissen, Interessen und Wünschen der Zielgruppe auszurichten. Hierzu wurde an rund 13.100 Düsseldorfer Kinder und Jugendlichen zwischen 11 bis 20 Jahren eine Einladung zur Teilnahme am Fragebogen verschickt, der vom Amt für Statistik und Wahlen in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt entworfen wurde. Die Auswahl der Kinder und Jugendlichen erfolgte nach dem Zufallsprinzip durch das Einwohnermeldeamt. Die Erhebung selbst wurde zwischen dem 4. September und dem 3. Oktober 2013 durchgeführt. Um eine möglichst hohe Rücklaufquote zu erzielen, fand die Befragung online statt. Es gab jedoch die zusätzliche Möglichkeit einen Fragebogen in Papierform zu beantragen, wenn der Zugang zum Internet nicht gewährleistet war.⁷ Inhaltlich beschäftigte sich die Erhebung mit Fragen rund um die Themen Freizeitgestaltung, Familien- und Wohnsituation, Sorgen und Ängste, der Wunsch nach Beratung und Unterstützung sowie der offen gestellten Frage nach Änderungswünschen. Darüber hinaus wurden selbstverständlich auch soziodemografische Grundlagen wie Alter und Geschlecht abgefragt.

Die Ergebnisse aus der Befragung sind als Maßnahmen in den aktuellen Kinder- und Jugendförderplan für den Förderzeitraum 2015-2019 eingeflossen. So wurden unter anderem die Öffnungszeiten der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erweitert, in Form von Wochenend-Öffnungszeiten. Die Düsseldorfer Kinder- und Jugendbefragung ist somit ein repräsentatives Partizipationsinstrument, indem Kinder und Jugendliche nicht nur zum Ausdruck bringen konnten, wofür sie sich interessieren und welche Veränderungen sie sich wünschen. Dass ihre Stimme zählt, konnten sie erleben, durch die Umsetzung dieser Wünsche in Maßnahmen der Jugendarbeit.

⁷ Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf (2014): Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Düsseldorf. Kommunale Sozialberichterstattung, Düsseldorf, S.60.

Partizipation im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe

Da Kinder und Jugendlichen nicht selbstständig über maßgebliche Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen verfügen, kommt der Jugendhilfe mit ihrer sozialpädagogischen Fachlichkeit der Auftrag zu, die für Beteiligung und Engagement erforderlichen Kompetenzen zu fördern, nachhaltige Beteiligungsprozesse zu entwickeln und zu begleiten sowie als Mittlerin gegenüber Politik und Verwaltung zu fungieren. In den verschiedenen Handlungsfeldern der Jugendhilfe ergeben sich bei der Umsetzung von partizipativen Ansätzen, aufgrund der spezifischen Charakteristika, der besonderen Chancen und Herausforderungen, ganz unterschiedliche Handlungsoptionen und Anforderungen. Im Rahmen dieses Berichtes folgt beispielhaft ein kurzer Überblick über gelebte Beteiligungspraxis in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Jugendhilfe in Düsseldorf.

Gelebte Praxis am Bildungsort – Tageseinrichtungen für Kinder

Partizipation von Kindern ist ein wesentliches Kriterium der pädagogischen Qualität von Kindertageseinrichtungen. Sie beinhaltet eine altersgemäße Beteiligung der Kinder am Einrichtungsleben im Rahmen ihrer Erziehung und Bildung. Die Kinder werden als Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen wahr- und ernst genommen. Partizipation wird ebenso in der Zusammenarbeit im Team als auch mit den Eltern praktiziert.

Partizipation im pädagogischen Alltag: Kinder werden in allen Einrichtungen alters- und entwicklungsgerecht beteiligt. So wird z. B. in Gesprächskreisen über Erlebtes gesprochen, Wünsche, Probleme und mögliche Lösungen erörtert. Kinder nehmen Einfluss auf Planungen und Entscheidungen. Sie können bei der Gestaltung von Regeln des Zusammenlebens, der Umgebung und von Angeboten und Projekten mitwirken. Die Kinder werden somit an ihrem eigenen Bildungsweg beteiligt, denn Bildungsprozesse brauchen das Interesse und die Aktivität der Kinder. Die Themen, die den Kindern wichtig sind, werden von ihnen eingebracht und gemeinsam mit den pädagogischen Fachkräften weiterentwickelt. Im Dialog mit dem Kind wird die individuelle Bildungsarbeit gestaltet und dokumentiert. Partizipation zu leben heißt in Kindertageseinrichtungen demnach, dass die Dialoge und Entscheidungsprozesse, die in der Auseinandersetzung mit den Kindern stattfinden, selbst schon Teil der Bildungsarbeit sind. Partizipation ermöglicht den Kindern sich als wichtigen Teil der Gemeinschaft zu erleben, Aushandlungsprozesse zu lernen und zwischen eigenen

Bedürfnissen und den Bedürfnissen anderer zu unterscheiden. Sie erfahren Selbstwirksamkeit, in dem sie Einfluss auf die Gestaltung ihrer Umgebung nehmen und dadurch lernen Verantwortung zu übernehmen.

Team: Partizipation heißt für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein gemeinsames Verständnis für Entscheidungsprozesse zu entwickeln und die vereinbarten Mitbestimmungsrechte und Strukturen verlässlich zu gewährleisten. Sie begleiten die Kinder individuell und vermitteln Informationen so, dass Kinder ihre Entscheidungen selbst fällen können. Regelmäßig werden die Partizipationsstrukturen und Prozesse überprüft und weiterentwickelt. Vielfältige Fortbildungsangebote sichern eine qualitative Weiterentwicklung.

Erziehungspartnerschaft: Eltern werden mit dem Erziehungskonzept und der pädagogischen Arbeit in der Kita vertraut gemacht. Die pädagogischen Fachkräfte sichern so die kontinuierliche Kooperation mit den Eltern. Ein häufiger Austausch kindbezogener Informationen zwischen Erzieherinnen und Erziehern und den Eltern wird z. B. durch regelmäßige informelle Gespräche, Eltern-Cafés, Besprechungen, Elterntreffen, Infoabende, Hospitationen und Entwicklungsgespräche gewährleistet.

Die Grundlage der Zusammenarbeit bildet ein wertschätzender und respektvoller Umgang miteinander. Wünsche, Anliegen und auch Beschwerden der Eltern werden auf einer konstruktiven, sachlichen Ebene offen besprochen, bewertet und gemeinsam einer Lösung zugeführt. Strukturell verankerte Beteiligungsmöglichkeiten in Form von Interessenvertretungen durch Erwachsene, insbesondere im Elternbeirat, in der Elternversammlung und die optionale Mitarbeit im Jugendamtelternbeirat, sichern die Partizipation der Elternschaft und der Kinder als Ganzes.

Gelebte Praxis innerhalb einer Institution – Lebensort Heim

Kinder und Jugendlichen stehen im Zentrum allen pädagogischen Handelns. Sie sind dabei durchaus in der Lage, sich zu ihren Belangen zu äußern, selbst zu gestalten und eigene Wege zu gehen. Daher ist Partizipation als pädagogisches Grundkonzept von besonderer Bedeutung. Sie beeinflusst nicht nur das Selbst- und Weltbild sowie das Handeln junger Menschen, sondern ist auch eine Voraussetzung für eine positive Persönlichkeitsentwicklung. Sie lehrt sie ihre Rolle in demokratischen Prozessen wahrzunehmen und bildet nicht zuletzt den Rahmen für die Umsetzung der Kinderrechte. In der Erziehungshilfe findet Partizipation häufig bei der Gestaltung des Lebensortes Heim sowie der Einbeziehung von Minderjährigen und Eltern in die Hilfeplanung statt. Pädagogische Fragen, wie z. B. das angemessene

Verstehen von Kindern und Jugendlichen sowie die Gestaltung von Kommunikation, werden dabei ebenso aufgegriffen wie organisationsbezogene Themen, wie z. B. die Beteiligung an Gruppen- und Organisationsentscheidungen sowie die damit verbundene Frage nach der methodischen Gestaltung von Demokratisierungsprozessen in der Erziehungshilfe (insbesondere der Heimerziehung).⁸ Auch im Düsseldorfer Kinderhilfezentrum spielt Partizipation im Alltag der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Zwei Beispiele für die unterschiedlichen Ansätze, die dort verfolgt werden, sind der Kinder- und Jugendsenat und die Wahl von Vertrauenspädagoginnen und -pädagogen.

Der Kinder- und Jugendsenat wurde 2012 im Rahmen des Partizipations- und Beschwerdemanagements gegründet und besteht aus 16 Kindern und Jugendlichen im Alter von sechs bis 17 Jahren. Jede Gruppenform (Wohngruppe, Tagesgruppe, Inobhutnahme) wird dabei durch zwei gewählte Sprecherinnen oder Sprecher repräsentiert, die im Senat die Interessen und Anliegen ihrer Gruppe vertreten. Wahlen und Neuwahlen erfolgen in den jeweiligen Gruppen nach Bedarf. Hauptverantwortlich für die organisatorische, inhaltliche und strukturelle Arbeit des Gremiums sind Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen, die alle zwei bis drei Jahre (bei Bedarf auch früher) gewählt werden. Die Wahlen werden weitestgehend von den Mitgliedern des Kinder- und Jugendsenats durchgeführt. Der Senat tagt alle zwei Monate. An jeder dritten Sitzung nehmen zudem die Abteilungsleitung sowie interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den jeweiligen Gruppen teil. Einmal jährlich findet eine Wochenendfahrt statt, bei denen jeweils im Vorfeld gemeinsam festgelegte Themen mit den Gruppensprecherinnen oder Gruppensprechern intensiver bearbeitet werden. Die Sitzungen des Kinder- und Jugendsenats werden protokolliert und die angesprochenen Anliegen in die jeweils darauf folgende Leitungs runde des Kinderhilfezentrums eingebracht. Im Anschluss erhält der Senat wiederum Rückmeldung über die Diskussion seiner Anliegen in der Leitungs runde. Diese Form der Partizipation hat sich bereits des Öfteren bewährt, z. B. bei den auf Initiativen des Senats zurückgehenden Anschaffungen eines neuen Bodenbelags für den Fußballplatz sowie einer Schaukelmöglichkeit für die größeren Kinder. Neben praktischen Themen behandelt der Kinder- und Jugendsenat auch aktuelle Fragen des Miteinanders im Kinderhilfezentrum. Bei den „5 Säulen des Miteinanders“ wurde z. B. gemeinsam mit den Gruppensprecherinnen oder Gruppensprechern ein Jahr lang erarbeitet, welche Faktoren für ein gelungenes Miteinander wichtig sind, was jeder einzelne dazu beitragen kann und wo weitere Unterstützung nötig ist.

⁸ Vgl. LWL (2017): Erzieherische Hilfen - Partizipation in den erzieherischen Hilfen URL:
<https://www.lwl.org/LWL/Jugend/Landesjugendamt/JA/erzhilf/Familie/Partizipation> (zuletzt abgerufen am 21.09.2016).

Dieses Thema wurde auch im Rahmen der jährlich stattfindenden Wochenendfahrt vertieft. Im Anschluss wurden die gemeinsam erarbeiteten Schwerpunkte Wertschätzung, Empathie, Anerkennung, Transparenz und Beteiligung allen in der Einrichtung lebenden und arbeitenden Menschen präsentiert. Im vergangenen Jahr hat sich der Kinder- und Jugendsenat intensiv mit der aktuellen Flüchtlingssituation und deren Konsequenzen für das Leben im Kinderhilfezentrum, wie u. a. vorübergehende räumliche Veränderungen sowie Unsicherheiten der Bewohnerinnen und Bewohnern, beschäftigt. Bei den Treffen des Senats wurden dazu Themen gesammelt und über die Gegebenheiten aufgeklärt. Im Rahmen der jährlichen Wochenendfahrt setzte man sich intensiv mit dem Thema auseinander und entwickelte eine gemeinsame Grundhaltung von Akzeptanz, Toleranz und Offenheit. Wieder wurden die Ergebnisse umfassend kommuniziert und so ein wichtiger Beitrag zu einem harmonischen Miteinander und gegenseitigem Verständnis geleistet.

Im Jahr 2016 nahmen einige Gruppensprecherinnen oder Gruppensprecher an einrichtungsübergreifenden Veranstaltungen, wie z. B. der Wochenendfahrt des Landesjugendamtes zum Thema Beteiligung sowie Sitzungen des Düsseldorfer Jugendrates teil. Des Weiteren ist auf Initiative der Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen des Kinderhilfezentrums der Ausbau eines einrichtungsübergreifenden Netzwerks aller Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen und Gruppensprecherinnen oder Gruppensprecher der stationären Kinder- und Jugendhilfe Düsseldorf geplant.

Kinder und Jugendliche sowie pädagogische Fachkräfte können dadurch über Einrichtungsgrenzen hinaus weitere Beteiligungsformen kennenlernen und erproben. Die jungen Menschen erfahren auf diese Weise auch, dass Partizipation ein gesamtgesellschaftlich wichtiges Thema ist und ihnen die Möglichkeit bietet, ihren Anliegen und Meinungen Gehör zu verschaffen. Das motiviert sie natürlich auch für ihre Arbeit als Gruppensprecherinnen oder Gruppensprecher im Kinderhilfezentrum und den weiteren Ausbau partizipativer Strukturen. Aber auch auf Erwachsenenebene motiviert die rege Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie deren Wissen um ihre Rechte zur stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung der eigenen pädagogischen Grundhaltung im Hinblick auf die individuellen Bedürfnissen der jungen Menschen.

Ein weiterer wichtiger Vorteil der in partizipativen Prozessen entwickelten Regelungen und getroffenen Entscheidungen ist, dass sie auf Kinder- und Erwachsenenebene über eine hohe Legitimation verfügen und entsprechend eingehalten und umgesetzt werden.

Mit dem Kinder- und Jugendsenat werden neben der kontinuierlichen Wissensvermittlung von Rechten und dem Einüben demokratischer Prozesse also auch noch weitere Ziele verfolgt:

Die Kinder und Jugendlichen sollen erleben, dass ihre Interessen, Meinungen, Wünsche und Anliegen ernst genommen, wertgeschätzt und transparent behandelt werden. Ihnen wird Raum geboten, ihre individuellen Vorstellungen für das Miteinander im Kinderhilfezentrum zu debattieren, zu formulieren und aktiv in Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse einzubringen.

Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen im städtischen Kinderhilfezentrum gibt es offiziell seit Anfang 2010. Wie bereits erwähnt, werden diese alle zwei bis drei Jahre (bei Bedarf auch früher) gewählt. Ihre Arbeit umfasst neben dem erläuterten Kinder- und Jugendsenat ein weitreichendes Aufgabenspektrum im Rahmen des Partizipations- und Beschwerdemanagements. Neben Wissensvermittlung über Kinder- und Jugendrechte gehören dazu auch individuelle Beratung der Kinder und Jugendlichen bei Problemen, die sie nicht in ihrem Gruppenkontext thematisieren können oder wollen, z. B. bei regelverletzendem Verhalten seitens der Gruppenpersonals oder anhaltende Konflikte mit anderen Kindern, die in der Gruppe nicht ausreichend behandelt werden.

Die Beratung erfolgt immer unter Berücksichtigung des Rechtekataloges und anhand eines im Vorfeld erarbeiteten Beschwerde- oder Anregungsbogens. Da die Vertraulichkeit der Gespräche für die Kinder und Jugendlichen von enormer Bedeutung ist, unterliegen die Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen weitestgehend der Schweigepflicht (ausgenommen sind selbst- und fremdgefährdendes Verhalten). Weitergabe von Informationen an Dritte bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Kindes. Dies gilt auch für die Weitergabe im Rahmen der Beratung erarbeiteter Lösungen und Handlungsschritte an die jeweilige Sachgebietsleitung.

Die dadurch geschaffene Vertrauensbasis trägt erheblich zum Abbau von Ängsten und Unsicherheiten bei. Die Kinder und Jugendlichen haben diverse Möglichkeiten mit den Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen in Kontakt zu treten: Neben der direkten Ansprache auf dem Gelände oder in den Gruppen gibt es auch ein Nothandy sowie einen Briefkasten. Darüber hinaus besuchen die Vertrauenspädagoginnen und Vertrauenspädagogen dreimal im Jahr alle in der Einrichtung lebenden jungen Menschen, um einen kontinuierlichen Austausch und die Wahrung des Rechtekataloges sicher zu stellen und die individuelle Hemmschwelle so niedrig wie möglich zu halten.

Ombudschaft für unbegleitete minderjährige Ausländer – Rechte wahren und Beteiligung sicherstellen

Als im Jahr 2015 eine nicht erwartet große Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nach Düsseldorf kam und diese zum Teil in Notunterkünften betreut werden mussten, fehlte es an Fachkräften zur Betreuung und die bestehende Infrastruktur für Kinder und Jugendlichen „platzte aus allen Nähten“, Dadurch ergaben sich verschiedenste Situationen in denen deutlich wurde, dass gerade für diese Jugendlichen die Wahrung ihrer Rechte und die Sicherstellung von Beteiligung in den sie betreffenden Angelegenheiten nur schwer umzusetzen war. Diese Jugendlichen mit Fluchterfahrung aus anderen Kulturreihen kommend und mit dem Deutschen Jugendhilfesystem und den Rollen, Kompetenzen und Aufgaben von „professionellen Pädagogen“ nicht vertraut, wussten oft nicht an wen sie sich wenden können und waren durch Sprach- und Kulturbarrieren an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen gehindert. So wurden Ombudspersonen gesucht und mit Hilfe der Ombudschaft NRW ein Mann aus dem persischen Kulturreich und eine Frau aus dem arabischsprachenden Kulturreich fortgebildet und durch Supervision begleitet. Die beiden Ombudspersonen wurden den Trägern, die in der Betreuung der jugendlichen Flüchtlinge tätig waren, vorgestellt, die Aufgabe und der Auftrag beschrieben und ein freier Zugang für alle Jugendlichen zu den Ombudspersonen vereinbart.

Ein- bis zweimal in der Woche sind die Ombudspersonen nun in der mittlerweile eingerichteten zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für jugendliche Flüchtlinge und sind dort ansprechbar für alle kleinen und großen Sorgen, Nöte, Anliegen und Beschwerden der jugendlichen Flüchtlinge. Neben Plakaten, die in allen Gruppen des Hauses hängen, sind die beiden Personen durch Gespräche der Jugendlichen untereinander gut bekannt. An den Themen und Fragen, mit denen die Jugendlichen sich an die beiden Ombudspersonen wenden wird deutlich, dass sie sich durch ihre Arbeit einen Ruf als Vertrauensperson erarbeitet haben. Die Sprach- und Kulturreichkompetenz erleichtert den Jugendlichen den Zugang und die Unabhängigkeit von Trägerstrukturen, Gruppenhierarchien und Erfordernissen von pädagogischen Auseinandersetzungen. Ziel der Arbeit der Ombudspersonen ist es, die jungen Menschen zu ermutigen und zugleich zu beraten, sodass sie ihre Anliegen und Klärungsbedarfe, ihre Wünsche und ihre empfundenen Ungerechtigkeiten selbst an der richtigen Stelle und in einer angemessenen Weise vortragen und bearbeiten können. Gelingt dies nicht, werden vermittelnde Gespräche mit den Fallführungen oder dem Gruppenpädagogen geführt. Auch wenn es häufig nur um scheinbar „kleine Dinge“ geht, sind die Ombudspersonen nahe an der Alltagswelt der Jugendlichen. Dies steigert die Chance, dass

sich die oft auch misstrauischen Jugendlichen an Erwachsene wenden, wenn es um große Ungerechtigkeiten oder sogar Straftaten geht.

Die Finanzierung der Ombudsstelle geschieht ohne Einflussnahme und inhaltliche Kontrolle der Tätigkeit durch das Jugendamt. Für alle Träger in der Erstaufnahmeeinrichtung sind Ombudspersonen selbstverständlicher Bestandteil des Gesamtkonzeptes der Erstaufnahmeeinrichtung. Auch weiterhin findet eine supervisorische Begleitung der Ombudspersonen statt, um die Qualität der Arbeit zu sichern und Entlastung für die manchmal auch schwierigen und emotional belastenden Gesprächssituationen zu geben. Unter dem Strich ist Ombudschaft ein gutes Instrument der Umsetzung der Rechte der geflüchteten Kinder und Jugendlichen, ein Instrument zur Förderung der Partizipation dieser Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe und ein Beitrag zum präventiven Kinderschutz durch Beschwerdemöglichkeiten.

Eine Frage der Haltung – Offene Kinder- und Jugendarbeit

Der offenen Kinder- und Jugendarbeit kommt die Aufgabe zu, junge Menschen nicht nur zur Selbstbestimmung sowie zur gesellschaftlichen Mitverantwortung zu motivieren, sondern sie auch dazu zu befähigen. Kinder und Jugendliche benötigen je nach Alter mehr oder weniger Hilfe und Unterstützung, um angemessen partizipieren zu können. Es müssen Strukturen geschaffen und Gelegenheiten eröffnet werden, die es jungen Menschen ermöglichen, sich an den sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen. Um die Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken, ist die Partizipation von Mädchen und Jungen als pädagogisches Grund- und übergreifendes Arbeitsprinzip gefordert und verankert. Junge Menschen sollen so zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, zu Engagement, Solidarität, Eigenverantwortung und zur kritischen Analyse angeregt werden. Beteiligung und Partizipation erstrecken sich nicht nur auf zeitlich befristete Projekte oder Kampagnen, sondern sie vollziehen sich integriert im pädagogischen Alltag der Einrichtungen der Jugendhilfe. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bieten jungen Menschen unterschiedlichen Alters grundsätzlich die Möglichkeit, sich auszuprobieren und sich zu beteiligen – von der Raumgestaltung über die Planung verschiedener Aktivitäten bis hin zur Selbstorganisation.

Im Kinder- und Jugendförderplan für den Planungszeitraum 2010 bis 2014 wurde der Bereich der „Partizipation“ und der „Politischen Bildung“ noch als ein frei wählbarer Schwerpunkt für jede Einrichtung geführt. Dies wurde im neuen Förderplan geändert. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass Partizipation der Mädchen und Jungen eine grundlegende

Haltung der Fachkräfte bei allen pädagogischen Arrangements, Angeboten und Schwerpunkten in der alltäglichen offenen Arbeit ist, die kaum als eigener Schwerpunkt darstellbar ist. Sie wurde damit neu in die Kategorie der Grundsätze und Haltungen eingeordnet und von den weiterhin möglichen Schwerpunkten soziale oder politische Bildung [...] getrennt.⁹ Immer ist also zu beachten, dass Kinder und Jugendliche nicht nur Objekte des Handelns sind, sondern, dass sie die Inhalte und Methoden entscheidend mitgestalten und bestimmen – sie partizipieren. Die konkrete Umsetzung der Partizipation ist in den einzelnen Einrichtungen natürlich verschieden und unterscheidet sich hinsichtlich der Ausgestaltung der Themen und der Intensität.

Grundlage für eine gelungenen Partizipation bilden auch eine kinder- und jugendgemäße Information sowie konkrete Anlaufstellen, die Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informieren, Möglichkeiten der Beteiligung aufzeigen sowie Kindern und Jugendlichen helfen, ihre Fragen und Probleme zu klären. Kinder und Jugendliche müssen nicht im Vorfeld überlegen, in wessen Zuständigkeitsbereich ihre Anliegen, Nachfragen oder Vorschläge fallen. Sie können sich an einem zentralen, gut zugänglichen Ort an qualifizierte Personen wenden. Neben den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie den Verbänden gewährleisten dieses insbesondere das Jugendinformationszentrum zeTT sowie das Jugendinternetportal YOUPOD (www.youpod.de).

Anlassbezogene Projekte – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Garath 2.0

Das Stadtteilprojekt "Garath 2.0" hat zum Ziel, den gleichnamigen Stadtteil im Düsseldorfer Süden an die gesamtstädtische Entwicklung anzugeleichen und im Sinne eines gesamtheitlichen Stadtentwicklungskonzepts für Düsseldorf zukunftsfähig zu machen.

Zu Beginn des Projekts stand eine im April 2015 vom Stadtplanungsamt bei der StadtRaumKonzept GmbH und dem Institut für Raumforschung und Immobilienwirtschaft in Auftrag gegebene Analyse des Stadtteils, hinsichtlich seiner Stärken und Handlungsbedarfe. Dabei wurden mit Hilfe von Interviews, Ideenwerkstätten und Zukunftstischen auch Bewohnerinnen und Bewohnern und Akteure vor Ort intensiv einbezogen. Im Verlauf dieses Prozesses wurde jedoch deutlich, dass gerade Kinder und Jugendliche mit den bestehenden Partizipationsformen nur unzureichend eingebunden werden können.

⁹ Landeshauptstadt Düsseldorf (2015): Jugendhilfeplanung. Kinder- und Jugendförderplan. Planungszeitraum 2015 bis 2020, Düsseldorf, S. 30.

Im Herbst 2015 übernahm daher das Jugendamt die Aufgabe, die Interessen dieser Bevölkerungsgruppen mit folgenden, speziell auf sie zugeschnittenen Beteiligungsmethoden zu erfassen. Hierzu gehörte eine Stadtteilanalyse, eine Kinderversammlung mit dem Oberbürgermeister sowie ein Crossgolf-Turnier für die Garather Jugendlichen.

Kinder: Schöne und blöde Orte (Stadtteilanalyse) – Das Jugendamt macht Schule:

Die Stadtteilanalyse wurde im Herbst 2015 in Kooperation zwischen Jugendförderung, Jugendrat, Jugendring und Schulen durchgeführt. Das Thema „Garath 2.0“ wurde dabei im Unterricht der vierten Klassen aller vier Grundschulen im Stadtteil thematisiert.¹⁰ Das Vorgehen orientiert sich an dem Konzept der sogenannten „Kinderkonferenzen“ und der Sozialraumanalyse nach der „Nadelmethode“.¹¹ Unter den Aspekten Stadtentwicklung, Teilhabe und Ortserkundung sammelten die Schülerinnen und Schüler die aus ihrer Sicht „tollen“ und „blöden“ Orte in Garath und markierten diese auf dem Kinderverkehrsplan. Anschließend wurden die Orte aufgesucht, fotografiert, dokumentiert und erläutert: Warum sind die Orte „toll“ oder „blöd“ und wie kann die dortige Situation entweder erhalten oder verbessert werden?¹² Anschließend wurde in jeder Klasse ein Ranking der „tollsten“ und „blödesten“ Orte erstellt. Bei allen Ideen und Forderung wurde auch die praktische Umsetzung betrachtet, wozu auch finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung standen. Trotz Varianz zwischen den Ergebnissen der einzelnen Klassen lassen sich Schwerpunkte identifizieren:

In der Rubrik „tollste Orte“ wird deutlich, dass sich draußen spielen bei den Schülerinnen und Schüler großer Beliebtheit erfreut: nicht nur die zahlreichen Spielplätze im Stadtbezirk, sondern auch große verkehrsfreie Flächen und Fußgängerwege werden gerne und häufig benutzt.

Auch die Angebote der offenen Ganztagschule, des städtischen Kinder- und Jugendclubs Lüderitzstraße und des Abenteuerspielplatzes erhielten positive Rückmeldung. Hier wurden allerdings konkrete Anregungen hinsichtlich Öffnungszeiten und Ausstattung vorgetragen. Negativ empfunden wurden Verunreinigungen durch Müll, Zigarettenkippen und Graffiti sowie öffentlicher Alkoholkonsum in der Fußgängerzone. Die unbeliebtesten Orte bei der Garather Schülerinnen und Schüler sind der geschlossene Kiosk an der S-Bahn-Unterführung

¹⁰ Beteiligt waren die Montessori Grundschule, die Adam-Stegerwald Grundschule und die katholische Grundschule Josef-Kleesattel-Straße.

¹¹ Deinet, Ulrich; Krisch, Richard (2009): Nadelmethode. In: sozialraum.de (1) Ausgabe 1/2009. URL: <http://www.sozialraum.de/nadelmethode.php> (zuletzt abgerufen: 17.08.2016).

¹² Stadtraumkonzept/Institut für Raumforschung und Immobilienwirtschaft (2016): „Garath 2.0 – Den Wandel gestalten. Analyse und Konzeptentwicklung“, Entwurf, , S. 18-19.

sowie die Trafostation an der Emil-Barth-Straße, die beide als Angsträume wahrgenommen werden. Bei anderen als „blöd“ empfundenen Orten, wie z. B. die Sanitäranlagen des Garather Sportvereins (GSV), dem Bolzplatz Rittersberg und dem Kunstwerk vor der Montessori Grundschule wurden konkrete Gründe für die Ablehnung genannt: der schlechte Zustand der Sanitäranlagen des GSV, die mangelnde Pflege der Wiese auf dem Bolzplatzes sowie Graffiti auf Kunstwerken und Gebäuden.¹³

Wenn ich Königin oder König wäre – Große Kinderkonferenz mit dem Oberbürgermeister:

Die Ergebnisse der Stadtteilanalyse wurden nicht nur in den weiteren Planungsprozess von Garath 2.0 miteinbezogen, sondern auch in andere Fachgremien eingebracht, wie z. B. die Spielplatzkommission oder die Bezirksvertretung 10. Diese wurden außerdem Oberbürgermeister Thomas Geisel von den beteiligten Schülerinnen und Schülern im Rahmen einer Kinderkonferenz am 10. Februar 2016 in der Freizeitstätte Garath präsentiert. Bei der Veranstaltung waren über 120 Schülerinnen und Schüler der Grundschulen aus dem Stadtteil anwesend. Der gesamte Prozess erzeugte außerdem großes mediales Interesse.

Einige der konkreten Anregungen und Forderungen, wie bspw. die Gestaltung der Trafostation an der Emil-Barth-Straße mit einem Wandbild oder das Aufstellen einer ökologischen Informationstafel, befinden sich bereits in der Umsetzung.

Jugendliche erkunden Garath sportlich – Crossgolf-Turnier

„JUGENDLICHE HÄNGEN DOCH NUR AB, HABEN KEINE LUST AUF GARATH. DIE JUGENDLICHEN SIND FROH, WENN SIE IN DIE INNENSTADT FAHREN KÖNNEN.“¹⁴

Seit Beginn der 1990er Jahre wurde in diversen Studien ein Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und Bildung nachgewiesen. Jugendlichen mit geringerem Bildungsniveau interessieren sich wiederum seltener für Politik und politisches Engagement. Im Gegenzug ist jedoch auch festzustellen, dass traditionelle Formen politischer Beteiligung häufig nicht mehr den Interessen von Kindern und Jugendlichen entsprechen.¹⁵ Die oft diagnostizierte Bildungs- bzw. Politikferne junger Menschen ist also nur eine Seite der Medaille, denn an vielen Stellen sind die etablierten Institutionen weit entfernt von der

¹³ vgl. Projektgruppe Garath 2.0 des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf, Glaremin, Stephan, Siegel, Maren (2015): „Garath 2.0 – Kindern, Jugendlichen und Familien eine Stimme geben“, S. 4-7.

¹⁴ ebd.

¹⁵ (Bertelsmann Stiftung 2011, S. 4)

Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen.¹⁶ Vor diesem Hintergrund wurde für die Jugendlichen im Rahmen von Garath 2.0 eine niederschwellige Maßnahme kreiert, die auch mit den Vorurteilen gegenüber des Stadtteils spielt: Ein Crossgolf-Turnier.

Diese Variante des klassischen Golfspiels findet nicht auf dem Parcours, sondern mitten im Stadtraum statt, und ist somit bestens geeignet, einen Stadtteil sportlich-spielerisch zu erkunden. Zu Beginn fanden im September 2015 in allen Jugendeinrichtungen des Stadtteils im interne Crossgolf-Runden statt. Am 1. Oktober folgte dann ein stadtteilweites Turnier auf einer gemeinsam auf Grundlage der Vorrundenergebnisse festgelegten Strecke. Die Jugendlichen golften sich in gemischte Teams mit politischen Vertretungen des Bezirks und interessierten Erwachsenen durch Garath und hatten dabei die Möglichkeit, ihre Wahrnehmungen und Anregungen zu äußern. Dieser Austausch wurde in anschließenden Gesprächsrunden vertieft. Es wurde deutlich, dass durchaus ein „Garather Lebensgefühl“ existiert und die jungen Menschen vor Ort ihren Stadtteil differenziert wahrnehmen. Häufig wurden Unsicherheitsgefühl und Unwohlsein angeführt, allerdings immer begleitet von konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Die Ergebnisse wurden dokumentiert und unter der Überschrift „Stadtteil ohne Wohlfühlcharakter?“ präsentiert:

- Kunstaktionen oder ein Jugendcafé im Stadtteil (Leeres Ladenlokal)
- ein Stadtteilkino
- mehr Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil (Elektro- und Sportgeschäfte, Discounter)
- Friseure, Jugendkneipen/Bistros und Fast-Food-Restaurants
- Schwimmbad, See
- Skaterpark, Parcouring, Freestyle-Training, Inliner
- Bolzplatz (in Kooperation mit einem Fitnessstudio)
- Spielplätze, Treffpunkte und Freiräume im öffentlichen Raum
- (Sport-)Events, Freizeitveranstaltungen
- bessere Verkehrsanbindung (ÖPNV; Verbindung zur Stadt und zur Universität)
- Online- und Internetplattform für jugendrelevante Themen in Garath
- mehr Informationen über die Situation von Flüchtlingen; größere Transparenz
- Sicherheit für Jugendliche im Stadtteil (auch nach 21 Uhr)

¹⁶ „Förderung gesellschaftlichen Engagements Benachteiligter in der Offenen Kinder-und Jugendarbeit –Erfolge und Schwierigkeiten. Zur Evaluation des gleichnamigen Projekts der Bertelsmann Stiftung“, Hamburg 2015, Seite 5ff.

- mehr Polizeipräsenz im Stadtteil
- mehr Zivilcourage

Wie bei der Stadtteilanalyse wurden die Ergebnisse des Crossgolf-Turniers in die Bestandserhebung des Stadtplanungsamtes aufgenommen und auch bei der Zukunftskonferenz am 17. Februar 2016 präsentiert. Einer der zentralen Punkte, die Umwidmung einer Immobilie am S-Bahnhof, befindet sich bereits in der Umsetzung und wurde im Rahmen des Gesamtprozesses Garath 2.0. in den Katalog der Starter- und Schlüsselmaßnahmen im Handlungsfeld „Begegnung und Kommunikation“ aufgenommen¹⁷. Unter dem Arbeitstitel „GestaltBAR“ soll hier ein neuer Treffpunkt entstehen.

Wir zeigen es euch! – Die GestaltBAR im Rahmen von Garath 2.0

Mit der „GestaltBAR“ wird ein neuer Weg der Beteiligung von Jugendlichen ab 14 Jahren und jungen Erwachsenen beschritten, dessen Ergebnisse auch Eingang in die Gestaltung und Organisationsform der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Düsseldorf finden sollen.

In einem angemieteten Ladenlokal wird ab dem IV. Quartal 2017 ein Zentrum der Jugendarbeit entstehen, bei dem die Zielgruppe an konzeptionellen Überlegungen, Programminhalten und Organisation aktiv beteiligt wird. Grundlage hierfür bilden die Ergebnisse der Düsseldorfer Online-Befragung (2014) und der oben beschriebenen Beteiligungsverfahren im Rahmen von Garath 2.0. Eigens dafür gebildete Projektgruppen von Jugendlichen sollen jeweils einen Monat lang selbstständig Betrieb, Programmgestaltung und Budgetverwaltung der Einrichtung übernehmen. Sie werden dabei von pädagogischem Fachpersonal begleitet, das jedoch nur eine moderierende und unterstützende Rolle einnimmt und den Projektgruppen größtmöglichen Freiraum lässt. Ziel ist, den Jugendlichen Raum zur Selbstverwirklichung zu bieten und gleichzeitig von Betreuerseite Erfahrungen über unterschiedliche Formen und Inhalte zu sammeln.

Die **GestaltBar** soll insbesondere Raum für jugendspezifische Subkulturen und Eigeninitiativen von jungen Menschen bieten. Sie wird konzipiert, als ein Begegnungsort für Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichsten Interessen und Kulturhintergründen sowie aus verschiedensten Lebensverhältnissen und wird somit einen aktiven Beitrag für die Verbesserung des öffentlichen Raums, des Wohnumfeldes und dessen

¹⁷ Stadtraumkonzept/Institut für Raumforschung und Immobilienwirtschaft (2016): „Garath 2.0 – Den Wandel gestalten. Analyse und Konzeptentwicklung“, Entwurf, S. 107.

sozialer Revitalisierung leisten. Es soll ein Ort außerschulischer Bildung sein, in dem Bildungsprozesse überwiegend informell und in non-formalen Settings ablaufen.

Die Maßnahme ist abgestimmt und vernetzt mit den anderen Trägern der Jugendarbeit im Stadtteil, die bereits bei der Konzeptentwicklung sowie bei der Realisierung und dem Betrieb intensiv kooperieren werden bzw. bereits kooperierten. Die Umsetzung wird durch finanzielle Mittel des Landes (Starke Quartiere – Starke Menschen) ermöglicht.

Garath wurde bewusst für ein solches Projekt ausgewählt, da der Stadtteil aufgrund seiner abgegrenzten räumlichen Lage, dem ausgeprägtem „Wir-Gefühl“ bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und der soziodemographischen Situation vor Ort die Möglichkeit bietet, ganz im Sinne des Kinder- und Jugendförderplans neue Zielgruppen für Partizipation zu erschließen, „die von den bisherigen Angeboten nicht angesprochen werden“.¹⁸

Repräsentative Formen - Der Düsseldorfer Jugendrat

Über die Einführung eines Gremiums speziell für Jugendliche wurde in der Landeshauptstadt in der Vergangenheit lange und kontrovers diskutiert. Kernpunkte der anfänglichen Skepsis lagen dabei insbesondere in der Legitimation der gewählten Jugendlichen und in der Frage, ob ein solches Gremium jugendgemäß sei und bildungsferne Schichten nicht eher ausschließen würde.

Die Initiative zum heutigen Jugendrat für die Landeshauptstadt Düsseldorf ging aber von Jugendlichen selbst aus, die hierzu im Sommer 2006 zahlreiche Aktivitäten zur Errichtungen ergriffen und in der Folge Politik und Verwaltung überzeugen konnten. Gemeinsam und partizipativ wurde von den Jugendlichen und der Verwaltung eine Geschäfts- und Wahlordnung erarbeitet. Auf deren Grundlage wurde im Oktober 2007 die ersten Wahlen in Düsseldorf durchgeführt. In seiner III. Wahlperiode hat sich der Jugendrat inzwischen etabliert und stellt eine feste Größe im Partizipationsmix der Landeshauptstadt dar. Das Gremium verfügt über weitgehende Mitwirkungsrechte (Antrags- und Anfragerecht, beratender Status der Mitglieder in 14 Ausschüssen, eigenes Budget), die landesweit ihresgleichen suchen.

Der Düsseldorfer Jugendrat ist die offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er wird von Düsseldorfer Jugendlichen im Alter von elf bis unter 21 Jahren für die Dauer von drei Jahren gewählt und setzt sich aus 31

¹⁸ Landeshauptstadt Düsseldorf (2015): Jugendhilfeplanung. Kinder- und Jugendförderplan. Planungszeitraum 2015 bis 2020, Düsseldorf, S. 10.

Mitgliedern zusammen. Die öffentlichen Sitzungen des Jugendrates finden im Rathaus statt. Die Mitglieder des Jugendrates setzen sich für die Interessen aller Düsseldorfer Kinder und Jugendlichen ein. In den Sitzungen werden Ideen diskutiert, Projekte entwickelt und Beschlüsse gefasst, die dann an die Politik weitergeleitet werden. In fast allen Ausschüssen sitzen Vertreterinnen und Vertreter des Jugendrates mit den Politikern an einem Tisch – sie haben dort eine beratende Stimme.

Anfragen und Anträge des Jugendrates sind vor allem für die Themenbereiche Jugend, Kultur, Umwelt, ÖPNV, Schule und Freizeit gestellt worden. „Freien Eintritt in die Museen für Jugendliche unter 21 Jahren“ sowie eine „vergünstigte Art-Card“ für Auszubildende und Studenten sollen Jugendlichen mehr kulturelle Angebote eröffnen. Die Anbringung von Pfandringen an öffentliche Mülleimer soll den Rückfluss von Pfandflaschen erhöhen. Dies waren einige der Anträge des Jugendrates. In den Arbeitsgruppen werden darüber hinaus selbstfestgelegte Jugendthemen vertiefend bearbeitet und in Aktionen umgesetzt:

- **Rapulation** – ein Rap –Konzert Düsseldorfer Bands im Spektakulum
- **Nachts im Museum** – eine besondere Führung für Jugendliche im Schifffahrtsmuseum
- **Kostenlose Opernprobe** – interessierte Jugendliche können eine Opernprobe kostenlos besuchen
- **JugendMachtPolitik** – Vorbereitung einer Fachtagung für mehr gelingende Beteiligung von Jugendlichen in allen Kommunen in NRW
- **Jam** – Mitarbeit im Jugendbeirat der Aktion Mensch, um die Integration von Jugendlichen mit einer Behinderung zu verbessern
- **Jugend international** – Integrationsprojekt für jugendliche Flüchtlinge in Düsseldorf, das einmal wöchentlich stattfindet.
- **Teilnahme am Christopher Street Day** - ein Statement gegen die Homophobie
- **Kijupa NRW** – Netzwerktreffen mit anderen engagierten Jugendlichen aus anderen Kommunen.

Jugendverbände und Jugendring in Düsseldorf als feste Bestandteile gelebter Beteiligung von jungen Menschen in Düsseldorf

Jugendverbände sind keine gewillkürte Form der Zusammenarbeit, sondern folgen einer genauen Definition im Gesetz. Dort werden Begriffe wie selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet genutzt. Auch in Düsseldorf sind die Jugendverbände,

Jugendgruppen und -initiativen im Jugendring Düsseldorf freiwillige Zusammenschlüsse von jungen Menschen, die ihre Zeit gemeinschaftlich gestalten und über ihre Aktivitäten gemeinsam entscheiden. Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie.

„Hier lernen sie alles, was für ein selbstbestimmtes politisches Leben notwendig ist. Und das nicht theoretisch, durch Papiere und Vorträge, sondern quasi nebenbei im täglichen Handeln. Dazu gehören Bereitschaft und Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen, Wege und Möglichkeiten, diese durchzusetzen, ebenso wie der Umgang mit Konflikten. Kinder und Jugendliche lernen in der Gruppe und in der verbandlichen Zusammenarbeit auch, sich mit Gleichgesinnten zusammen zu tun, Kompromisse zu finden. Kooperation zählt, und Befehle „von oben“ werden kritisch hinterfragt.“

Gleichzeitig erfahren die Kinder und Jugendlichen auch, was es heißt, Verantwortung für andere zu übernehmen und diese „Macht“ verantwortlich zu nutzen. Jugendverbände bieten also nicht bloß die Möglichkeit zur Teilnahme an vorgeformten Aktivitäten, sondern fordern die aktive Mitgestaltung ein. Demokratie wird damit erfahrbar, weil das Zusammenleben in der Freizeit und im Verband demokratisch gestaltet wird.

Kinder und Jugendliche lernen auch die Kommunikationsformen der Demokratie. Ein wichtiger Bereich ist dabei die Wahl von Vertreterinnen und Vertretern, die für alle Gruppenmitglieder sprechen können. Die jungen Menschen erfahren die Vorzüge einer solchen „Vertretungsstruktur“: Im Kontakt mit Kooperationspartnern in der Nachbarschaft, im angrenzenden oder entfernten Bundesland, bundesweit oder international kommt man häufig weiter, wenn man mit geschlossener Stimme auftritt.

In der Gruppe lernen junge Menschen, ihre eigene Rolle zu erkennen und auszufüllen. Und damit auch, die Fähigkeiten einzelner für die Gemeinschaft zu nutzen und Personen je nach Fähigkeit mit Aufgaben zu betrauen. Kurzum: Jugendverbände bieten die Möglichkeit, demokratische Zusammenarbeit in unterschiedlichen Feldern zu realisieren; dies reicht von der Entscheidung über Gruppenaktivitäten bis hin zur Meinungsfindung zu politischen Fragen.“¹⁹

Alle diese Beschreibungen treffen genau die Situation vor Ort. In Düsseldorf sind 23 Jugendverbände, Jugendgruppen und Jugendinitiativen im Jugendring organisiert. Dort erarbeiten sie gemeinsame Standpunkte zu den Interessen von Kindern und Jugendlichen. Die Jugendverbände und der Jugendring als Selbstorganisation besitzen auch ein strukturelles

¹⁹Deutscher Bundesjugendring (2016): Mitwirkung mit Wirkung. URL: <https://www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/partizipation-demokratie.html> (zuletzt abgerufen: 30.09.2016).

Mandat und können ganz konkret die Interessen von Kindern und Jugendlichen in die Politik einbringen. Dieses ist insbesondere durch ihre Mitgliedschaft als stimmberechtigte Mitglieder im Jugendhilfeausschuss (JHA) gewährleistet.

Mit zahlreichen Aktionen und Kampagnen hat die Arbeitsgemeinschaft der Düsseldorfer Jugendverbände verschiedene Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen erprobt. Geleitet war der Jugendring Düsseldorf dabei stets von der Grundauffassung, nicht nur für seine Mitgliedsverbände und die dort organisierten Kinder- und Jugendlichen zu handeln, sondern eine Lobby für alle junge Menschen in Düsseldorf zu sein und für alle entsprechende Rahmenbedingungen und Entwicklungschancen zu eröffnen sowie Projekte und Modelle zu schaffen, die mehr Mitwirkungsmöglichkeiten zum Ziel haben.

Kinder- und Jugendverbände sind originäre Aktionsfelder, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Diese wiederum ermöglicht das Lernen von Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen Leben nötig sind. Dazu gehören Bereitschaft und Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen und zur Einschätzung der Möglichkeit ihrer Durchsetzung sowie zum Umgang und Leben mit Konflikten. Im Jugendverband lernen Kinder und Jugendliche zu unterscheiden, ob jemand nur für sich alleine spricht oder eine gemeinsam ausgehandelte Gruppenposition vertritt. Natürlich erreichen Jugendverbände nicht alle Kinder und Jugendliche in Düsseldorf und nicht für jeden Jugendlichen sind die Jugendverbände der ideale Sozialisationsort. Diesen Umstand haben die Jugendverbände und der Jugendring schon lange erkannt und arbeiten in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in einem breiten Partizipationsmix mit. In dem Mix haben institutionalisierte Formen wie die Jugendverbände und der Jugendrat genauso ihren festen Platz wie offene Beteiligungsformen z. B. Jugendforen oder Beteiligungsprojekte in Stadtteilen.

Grundsätzlich sind Themen, die Kinder und Jugendliche direkt oder indirekt betreffen, geeignet für Beteiligungsprojekte. Für die Kommunen besteht also eine Vielzahl von Möglichkeiten mit jungen Menschen über nachhaltige Prozesse in der Stadt ins Gespräch zu kommen. Die Jugendverbände möchten über den Punkt „wir sind miteinander ins Gespräch gekommen“ hinausgehen und verbindliche Beteiligungsstandards für Projekte miteinander vereinbaren. Es ist demnach ein Anliegen der Jugendverbände und des Jugendrings die Beteiligungsrechte von Jugendlichen in der Stadt weiter zu stärken. Während der Laufzeit des vierten Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplans soll mit vielen Akteuren und jungen Menschen gemeinsam ein kommunaler U27-Check entwickelt und eingeführt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat im Dezember 2015 ein Positionspapier zur Stärkung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung verabschiedet. In

dem Papier wird auf zentrale Themenfelder auf Grundlage von Aussagen aus verschiedenen Jugendstudien zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hingewiesen:

- Spiel- und Sportmöglichkeiten, Freizeitorte (einschließlich institutioneller Freizeitangebote) sowie Gestaltung und Nutzung öffentlichen Raums
- Gestaltung des Kindertageseinrichtungs-/Schulalltags und der vorhandenen Räumlichkeiten
- (Verkehrs-)Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt/im Dorf
- Lebensumstände ihrer Familie
- Mobilität und Zugangsmöglichkeiten zum Internet
- Ausbildungs- und Studiensituation, Bildungs- und Zukunftschancen
- Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit in Jugendverbänden sowie in anderen selbstorganisierten Kinder- und Jugendorganisationen und -initiativen
- Medien- und Kulturarbeit sowie kinder- und jugendkulturelle Freiräume
- der Umgang mit zunehmender multikultureller Vielfalt und mit gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten
- soziales Engagement für andere Menschen (in der eigenen Umgebung und in der Welt)
- Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit
- die Rolle junger Menschen in einer alternden Gesellschaft

Alle diese Themenfelder spiegeln sich in der Arbeit der Jugendverbände in Düsseldorf wider. Sie zeigen aber auch, dass Beteiligung in der Verwaltung nicht auf die Jugendhilfe und das Jugendamt beschränkt bleiben darf. Der Jugendring sieht sich als Anwalt aller Interessen von Kindern und Jugendlichen. Das und wie Partizipation von jungen Menschen in den Jugendverbänden in Düsseldorf gelebt wird, soll mit dem folgenden Beispiel illustriert werden. Daran wird auch die unterstützende und notwendige Rolle von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Jugendverbänden deutlich.

Beispiel: Beteiligung und Teilhabe im Verband: SJD Die Falken

Im Kinder- und Jugendverband Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) - Die Falken (Kreisverband Düsseldorf) ist Beteiligung und Partizipation in der Satzung verankert. Die Mitglieder haben ein Wahlrecht ab 6 Jahren. Es besteht ein aktives Mitbestimmungsrecht in allen Verbandsgremien, wie Mitgliederversammlungen (einmal im Jahr), monatlichen

Vorstandssitzungen, wöchentlichen Gruppenstunden, regelmäßigen Arbeitskreisen und Aktionen. Der ehrenamtliche Vorstand ist paritätisch besetzt und leitet verantwortlich den Verband. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen übernehmen Öffnungszeiten im Falkenheim (Jugendcafé) und planen dort die Programmgestaltung. Die Zeltlager und Freizeiten werden durch Ehrenamtliche organisiert und durchgeführt. Dieses beinhaltet die Vorbereitung, Betreuung und inhaltliche Gestaltung.

Die Gruppen nehmen an Veranstaltungen wie Erster Mai, Weltkindertag, Feste, Demonstrationen usw. teil. Es werden Projekte zu den jeweiligen Jahresthemen, z. B. Demokratie, Antirassismus, Toleranz, Gleichberechtigung, Kinderrechte, Gesundheit, Gerechtigkeit initiiert. Die Ehrenamtlichen organisieren gemeinsame Freizeitgestaltung und erlebnispädagogische Angebote.

Der Verband macht den Kindern und Jugendlichen folgende Angebote zur Qualifikation:

- *Bildungsangebote im Projekt Verbandszeug*
- *Schulungen zum Erwerb der Jugendleitercard (JuLeiCa)*
- *Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, Ausbildung zu Gruppenleitern, Trainings in Erlebnispädagogik, z. B. Kletterscheine, Kanuführerschein*
- *Ausbildung von Junghelfern*
- *Mentoren für Junghelfer*
- *Kreativseminare*
- *Persönlichkeitsbildende Angebote, z. B. Rhetorik, Zeitmanagement*
- *Beratung und Begleitung bei Veranstaltungen*
- *Beratungsangebote zur Unterstützung der Ehrenamtlichen durch die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern*
- *Bereitstellung finanzieller Mittel*
- *Bereitstellung von Räumlichkeiten*

In den Zeltlagern gibt es ein Teilhabemodell, um den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen, ein großes Maß an Mitbestimmung und Beteiligung zu gewährleisten. Eine Person ist während der Zeltlagerzeit hauptverantwortlich für den Bereich „Teilhabe“ zuständig. Das Teilhabemodell geht zurück auf die Idee der Pädagogik der Kinderrechte von Janusz Korczak. Kindern wird hier eine den Erwachsenen gleichwertige Entscheidungskompetenz zugesprochen. Im Zeltlager sieht das folgendermaßen aus:

In den Zeltdörfern wird in den „Hallo-Hallo“ - Runden über aktuelle Geschehnisse sowie „Anträge“ bzw. Wünsche entschieden. Hierbei nehmen alle Dorfbewohnerinnen und

Dorfbewohner an den Runden teil, um dort über das Zeltlagergeschehen mitzuentscheiden. (Wohin geht der Ausflug am Ausflugstag? Welche Programmwünsche gibt es?). Hier haben alle, die am Plenum teilnehmen, gleiches Stimmrecht. Ein Konsens wird angestrebt. Alle drei Tage werden im Plenum Konflikte und Situationen besprochen, die beim Teilhabebeauftragten als Beschwerde eingegangen sind. Ob das nun eine Situation ist, in der Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander im Konflikt stehen oder ob sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Helferinnen und Helfer ungerecht behandelt fühlen, ist für das weitere Geschehen egal. Es können sich auch Helferinnen und Helfer selbst melden, um eine Situation nochmal zu besprechen. Über den Konflikt wird dann in der Runde geredet. Drei Teilnehmerinnen oder Teilnehmer aus dem jeweiligen Dorf werden gelost, die am Konflikt nicht beteiligt sind, und sollen dann als Komitee über die Auswirkungen des Konflikts entscheiden dürfen. Zehn Paragraphen helfen den Teilnehmenden dabei, die Größe des Konflikts und angemessene Konsequenzen einzuschätzen. Alle Prozesse werden pädagogisch begleitet.

In den Freizeiteinrichtungen, die sich mit einem offenen Angebot an Kinder von 6 bis 14 Jahren richtet, werden die Kinder aktiv im Alltag beteiligt. Partizipation findet in der Einrichtung täglich statt. Die Kinder können zudem monatlich an einem Kinderrat bzw. Kinderversammlung teilnehmen und dort ihre Wünsche und Änderungsvorschläge mitteilen und diskutieren. Die Kinderversammlung wird durch die pädagogischen Fachkräfte moderiert. Die Kinder lernen, ihre Meinung zu äußern, miteinander zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, die von allen getragen werden können. Sie haben die Chance die Wunsch- und Meckerbox zu nutzen. Das Monatsprogramm wird an die Wünsche und Bedürfnisse der Besucherinnen und Besucher angepasst.

Beispiel: Till Eulenspiegel – Der Anwalt für Kinder und Jugendliche in Düsseldorf (AWO) Beteiligung vollzieht sich nicht immer direkt. Es gibt auch indirekte Formen der Partizipation. Bei den sogenannten Beauftragten-Modellen werden die Interessen von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene vertreten. Eine Form des Beauftragten-Modells ist, dass die Erwachsenen von sich aus aktiv werden und eine Art Lobbyfunktion einnehmen. Es ist aber auch möglich, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen, die Rat und Hilfe benötigen, um bestimmte Ziele anzugehen und bestimmte Projekte, Vorhaben und Maßnahmen umsetzen zu können, die Erwachsenen direkt ansprechen.

In Düsseldorf wird diese Form durch die Einrichtung „Till Eulenspiegel“ gewährleistet. Seit 1979, dem internationalen Jahr des Kindes, setzt sich der Kinder- und Jugendanwalt Till

Eulenspiegel für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt ein. Die, in der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, befindliche Maßnahme kümmert sich um die Rechte und den Schutz der Heranwachsenden in unserer Stadt.

Als Mittler zwischen der Erwachsenen- und Kinderwelt versucht Till darauf hinzuwirken, dass die Belange aller Beteiligten berücksichtigt werden. Die Zielgruppe beschränkt sich dabei nicht nur auf Kinder und Jugendliche (verstärkt im Alter von 8 - 12 Jahren), sondern schließt auch Multiplikatoren wie Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Eltern ein:

- *Bekanntmachung der Kinderrechte sowie der UN-Kinderrechtskonvention*
- *Stärkung der Wahrnehmung von Interessen der Kinder und Jugendlichen*
- *Integration von Kindern und Jugendlichen in demokratische Prozesse durch Partizipation (Beteiligung)*
- *Verbesserung der konkreten Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen*

Zu den Angeboten von Till Eulenspiegel gehören u. a. die Durchführung von Angeboten zum Thema Kinderrechte in Grund- und weiterführenden Schulen ab der 3. Klasse und in Freizeiteinrichtungen in Düsseldorf, Projekte zur Konfliktbewältigung, Kommunikation, Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit mit Kindern und Jugendlichen sowie Beteiligungsprojekte.

Ferner gibt es die Möglichkeit, dass Kinder und Jugendliche ihre Anliegen persönlich oder telefonisch mit einer pädagogischen Fachkraft besprechen können. Aktuell wurde eine Filmreihe zum Thema Kinderrechte in Kooperation mit Akki, der Flora- und der Benzenberg Realschule sowie der Jugendfreizeiteinrichtung an der Siegstraße. Zudem ist Till Eulenspiegel auch im sozialen Netzwerk Facebook vertreten.

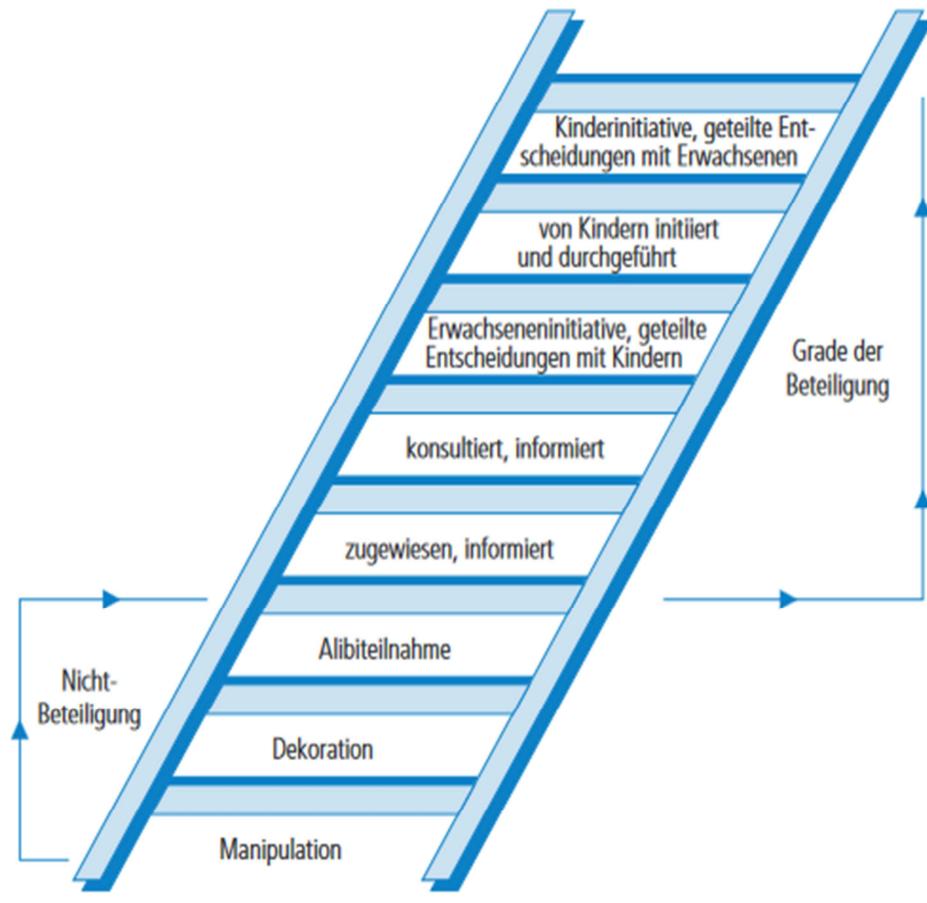
Qualität der Beteiligungsformen

Theoretische Annäherungen

Fachliteratur und Fachveröffentlichungen bieten Hilfestellung, sich dem Thema zu nähern und Beteiligungsformate zu bewerten und diese auch qualitativ abzusichern. Ein möglicher Ansatz sind die Qualitätsstufen nach Roger Hart.

Für die Partizipation existieren verschiedene **Qualitätsstufen** entsprechend der Arten der Beteiligung: von der Mitsprache, über die Mitwirkung bis zur Mitbestimmung oder Selbstverwaltung. Erst für diese letzte Stufe sind Rechte auf eine Beteiligung an Entscheidungsprozessen festgeschrieben. Letztere ist aber auch am seltensten anzutreffen.

Besonders anschaulich zur Vergegenwärtigung unterschiedlicher Qualitätsstufen, ist die sogenannte Partizipationsleiter von Hart. Dieser kritisiert in seinem Modell eine viel zu häufig stattfindende „Scheinpartizipation“, in der die Partizipation rein symbolischer Natur ist.



20

²⁰ Fatke, R.: Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In: Bertelsmann Stiftung: Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze, Gütersloh 2007, S.25

Eine weitere Möglichkeit der Beschreibung der Partizipation ist die Unterscheidung nach der Form der Beteiligung. (nach Bruner, Winklhofer und Zinser)

Repräsentative Beteiligungsformen

Offene Beteiligungsformen

Projektorientierte Beteiligungsformen

Interessenvertretung durch Erwachsene

Vertretung von Kindern und Jugendlichen in Erwachsenengremien

Alltägliche Formen

Entscheidend sind die Festlegung von Qualitätsstandards und die Auswahl der richtigen Methode und Form Damit deutlich wird, um welche Form es sich handelt.



Qualitätsstandards an Beteiligung

Diese Qualitätsstandards wurden erarbeitet vom Arbeitskreis „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ im Rahmen des Nationalen Aktionsplans (NAP) „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ und sind sicherlich bei allen Partizipationsforderungen anzuwenden.

- Beteiligung ist gewollt – es gibt ein Mandat
- Ein abgestimmtes Konzept als Basis einer Partizipationskultur
- Beteiligung hat alle im Blick – Zugangsgerechtigkeit und Zugänglichkeit als Ziel
- Transparente Ziele – schon in der Planungsphase
- Klarheit über Entscheidungsspielräume
- Adressatengerechte Information und symmetrische Kommunikation
- Kinder und Jugendliche wählen für sie relevante Themen aus
- Einsatz attraktiver und zielgruppengerechter Methoden
- Ausreichende Ressourcen zur Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit
- Umsetzung von Ergebnissen
- Unterstützende Netzwerke
- Beteiligung benötigt Qualifizierung
- Gestaltung von Prozessen, die persönlichen Zugewinn ermöglichen
- Stärkung des Engagements durch Anerkennung
- Evaluation und Dokumentation.

Wichtige Aspekte für die Jugendhilfe

Die Jugendhilfe in Düsseldorf sichert eine Vielzahl an Angeboten und Maßnahmen, die Kinder, Jugendliche und jungen Erwachsene auf vielfältige Weise in ihrer Subjektwerdung unterstützen. Jedes dieser Angebote verfolgt dabei einen anderen Zugang der Partizipation und sichert zusammengenommen dadurch einen breiten Erfahrungsschatz darüber, welche Maßnahmen sich in der Vergangenheit bereits bewährt haben. Basierend auf den Erfahrungen der jeweiligen Abteilungen des Jugendamtes, ließen sich folgende Aspekte zusammenfassen:

a) Partizipation ist eine Haltungsfrage des Teams.

Um Partizipation strukturell zu verankern, müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein gemeinsames Verständnis davon entwickeln, was Partizipation bedeutet und wie konkrete Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt und angeboten werden können. Es ist demnach eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Das Handlungsfeld Kinder- und Jugendförderung sowie

die Jugendverbände haben in Düsseldorf in diesem Sinne eine Vorreiterrolle angenommen, indem sie die Partizipation als verbindlichen Bestandteil der pädagogischen Haltung, in ihr Qualitätskonzept nach § 79a SGB VIII aufgenommen haben. Der Prozess der Aufnahme von Partizipation als Qualitätskriterium erfolgte dabei abgestimmt in der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VIII. Für die Zukunft ist anzustreben, dass dies entsprechend auch in anderen Handlungsfeldern der Jugendhilfe erfolgt.

b) Ohne Information keine Partizipation.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene können nicht partizipieren, wenn ihnen die Information zu tatsächlich bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten fehlen. Einrichtungen wie das Jugendinformationszentrum zeTT oder auch Plattformen wie Youpod übernehmen hier eine wichtige Funktion. Sie können eine große Anzahl an jungen Menschen erreichen, sie für die Beteiligung an Projekten begeistern und auch über ihre Rechte informieren. Aber auch Jugendfreizeiteinrichtungen, Kindertageseinrichtungen oder Bürgerhäuser müssen im Rahmen eigener Projekte werben und informieren. Heben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Relevanz des Projektes oder Angebotes hervor, sind Kinder und Jugendliche interessierter und motivierter daran teilzunehmen und sich einzubringen. Ein weiterer wichtiger Baustein dieser Empfehlung besteht selbstverständlich auch in der Präsenz von Partizipationsmöglichkeiten im Alltag. Beteiligungsmöglichkeiten hinsichtlich zum Beispiel von Essensplänen oder der Gestaltung eines Außengeländes sollten immer klar und offen kommuniziert werden.

c) Kinder sind Experten ihrer selbst.

Keiner kann besser Auskunft darüber geben, was Kinder wünschen, benötigen oder verändern möchten, als Kinder selbst. Aus diesem Grund sollten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von den Akteurinnen und Akteuren der Jugendhilfe angehört und einbezogen werden, wenn es um Maßnahmen geht, die sie selbst betreffen. Eine Möglichkeit das Expertenwissen von Kindern und Jugendlichen grundlegend mit aufzunehmen in neue Überlegungen, bietet der U27- Check.

d) Schon die Kleinsten können partizipieren.

Die Annahme, dass Kinder erst ab einem gewissen Alter partizipieren können, ist schon lange widerlegt worden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen hier eher vor der Herausforderung, die geeignete Partizipationsform für ihre Schützlinge zu finden. Denn auch

schon die Kleinsten können kommunizieren, was sie gerne essen möchten, wie ihnen die Raumgestaltung gefallen würde oder welche Regeln sie im Umgang miteinander wünschen.

e) Elternarbeit ist ein wichtiger Bestandteil.

Gerade bei den Kleinsten, bei denen nicht die komplette Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten zum Tragen kommen kann, ist die Einbeziehung von Eltern ein wichtiger Bestandteil gelingender Partizipation. Diese können sich in Partizipationsformen wie der Interessenvertretung durch Erwachsene für die Belange und Wünsche der Kinder innerhalb von Strukturen einsetzen, zu denen Kinder noch keinen Zugang haben. Doch auch in anderen Bereichen ist die Mitarbeit von Eltern nicht zu unterschätzen. Diese können ihre Kinder zur Beteiligung an Projekten und Angeboten motivieren und Zuhause auch den Grundstein für Partizipation legen, in dem es dort auch gelebt wird.

f) Partizipation auch mal in Eigenregie ermöglichen.

Erfolgreiche Partizipationsformen wie das „Haus Spilles“ oder auch der Düsseldorfer Jugendrat zeigen, dass Kinder und Jugendliche Projekte selbstständig und erfolgreich initiieren und durchführen können. Zukünftig sollten vermehrt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Kinder und Jugendlichen dazu motivieren, ihre Anliegen selbst zu verfolgen und ihnen den Raum bieten, Projekte eigenständig zu initiieren. Kinder und Jugendliche können dadurch lernen sich für ihre Belange einzusetzen und zu organisieren.

g) Es gibt nicht die eine richtige Zugangsweise zur Partizipation.

Es gibt keine Partizipationsform, die sich als geeignet für alle Bereiche und Altersklassen deklarieren lässt. Es gilt immer genau zu schauen, welches Ziel verfolgt wird und mit welcher Partizipationsform sich das Beteiligungsziel am besten realisieren lässt. Aus diesem Grund muss ein Partizipationsmix verfolgt werden. Es gilt demnach verschiedene Ansätze der Beteiligung zu realisieren und Zugänge zu öffnen und auch den Mut zu haben, neue Ansätze auszuprobieren.

h) Nur Partizipation anbieten, wenn auch Partizipation drin steckt.

Für alle Akteurinnen und Akteure der Düsseldorfer Jugendhilfe ist es eine Selbstverständlichkeit, alle Formen der Schein-Partizipation zu vermeiden. Mit dem Ziel Kinder in ihrer Identitätsbildung zu unterstützen, werden nur Partizipationsangebote gemacht, wenn es auch etwas Reales zu entscheiden oder zu gestalten gibt. Denn nur wenn diese realen

Bedingungen gegeben sind, fühlen sich Kinder und Jugendliche mit ihrem Anliegen ernst genommen und motiviert, sich ein weiteres Mal einzubringen.

i) Fachwissen bündeln

Um die vorangegangenen Punkte zu realisieren, bedarf es geschulten Personals, die das notwendige Fachwissen mitbringen und den pädagogischen Fachkräften ihre Unterstützung anbieten können. Aus diesem Grund wurde bereits im Kinder- und Jugendförderplan der Einsatz von Partizipationsmanagerinnen und Partizipationsmanagern als Maßnahme festgesetzt.²¹

j) Einen verbindlichen Rahmen schaffen

Partizipation kann auf vielfältige Weise stattfinden und als Maßnahme zur Anwendung kommen. Ein verbindlicher Rahmen oder auch ein gemeinsam entwickeltes Konzept, kann den pädagogischen Akteurinnen und Akteuren Handlungssicherheit geben oder als Grundgerüst dienen, bei der Entwicklung von Partizipationsideen.

Perspektiven für ein partizipatives Düsseldorf

Politische Leitlinie

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 17. November 2016 einstimmig beschlossen, Kinder und Jugendliche bei Planungsprozessen stärker und unmittelbar zu beteiligen. Ihnen ist zukünftig die Möglichkeit einzuräumen, ihre Interessen an einer gemeindlichen Planung einzubringen.

Die Verwaltung ist beauftragt, „Kinder und Jugendliche in Beteiligungsverfahren zu allen Projekten einzubeziehen, die diese Bevölkerungsgruppe betreffende stadträumliche oder sozialstrukturelle Veränderungen zur Folge haben. Es soll in jedem Verfahren mindestens ein speziell auf diese Zielgruppe zugeschnittenes Beteiligungsformat geben“ (Drucksache 01/184/2016).

Gerade wenn die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen nicht nur bei Einzelprojekten erfolgen soll, sondern als Prinzip in das Verwaltungshandeln integriert wird, gilt es, eine entsprechende Beteiligungskultur aufzubauen. Einen besonderen Stellenwert haben dabei die

²¹ Vgl. Landeshauptstadt Düsseldorf (2015): Jugendhilfeplanung. Kinder- und Jugendförderplan. Planungszeitraum 2015 bis 2020, Düsseldorf

Planungen und Prozesse in den Stadtbezirken, da hier die Kinder- und Jugendliche leben. In den Bezirken werden die Auswirkungen von Planungen für sie deutlich und manifest.

Perspektiven und Maßnahmen

Die durch den Ratsbeschluss vorgegebene Zielrichtung und deren Umsetzung sind nicht durch die Jugendhilfe allein zu realisieren. Es ist vielmehr eine ressortübergreifende Vorgehensweise anzustreben. Dieses wurde auch beim Auftaktforum des Projekts ZUKUNFT QUARTIER.DÜSSELDORF am 25. März 2017 deutlich und gefordert.

Umsetzungsstrategien für den Bereich des Jugendamtes:

Servicestelle Partizipation.

Die Umsetzung des Kinder- und Jugendchecks, die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Jugendforen, die Ausbildung und Betreuung der Partizipationsmanager/innen sowie die Einbindung der Ergebnisse der App #Stadtcheck brauchen eine finanzielle und personelle Ressource.

Um die Mitwirkung in der gesamten Stadt Düsseldorf zu begleiten, zu qualifizieren und deren Umsetzung zu garantieren, ist das Jugendamt der Ansprechpartner innerhalb der Stadt für den Themenkomplex der Partizipation junger Menschen. Hier sind Fachwissen und Methodenkompetenz vorhanden. Hierzu werden zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Zunächst und kurzfristig wird eine zusätzliche Personalstelle geschaffen, die direkt im Jugendamt (Jugendinformationszentrum zeTT) angesiedelt wird. Zu deren Aufgabengebiet gehört die Koordination der zu gründenden ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zum Thema Beteiligung. Ferner soll sie als zentrale Schaltstelle für die konkreten Beteiligungsprozesse der Ämter und Bezirksvertretungen dienen.

Sie fungiert als Schnittstelle zu den Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen und den Kindern und Jugendlichen selbst. Die neue Servicestelle entwickelt eine ämterübergreifende Fortbildungsreihe „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Planungsprozessen“.

Neben der Stelle beim Jugendamt sollte noch eine weiter Stelle beim Jugendring Düsseldorf angesiedelt werden: „Jugend checkt Düsseldorf“. In enger Kooperation bzw. als Team mit

dem Jugendamt sind dann pro Jahr drei Bezirkschecks, drei Jugendforen und ab dem 2. Jahr drei ReChecks durchzuführen und Partizipationsmanager/innen auszubilden.

Kinder- und Jugendcheck („Jugend checkt Düsseldorf“)

Die Umsetzung eines Kinder- und Jugendchecks („U27-Checks“) sowie der Einsatz von sogenannten „Partizipationsmanagerinnen und Partizipationsmanagern“ werden im aktuellen Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplan 2015 – 2020 gefordert. In einem gemeinsamen dialogischen Prozess und unter der Beteiligung von politischen Vertreterinnen und Vertretern, pädagogischen Fachkräften und den Jugendlichen selbst, erfolgte seit Januar 2016 die konkrete Ausgestaltung. Das Konzept soll im Herbst 2017 in einem Stadtbezirk exemplarisch erprobt werden und aus den folgenden Elementen bestehen:

- Bezirkscheck für Kinder mit einer Kinderversammlung zum Abschluss
- Bezirkscheck für Jugendliche und junge Erwachsene mit einer Jugendversammlung zum Abschluss
- ReCheck
- einen kleinen Förderfond zur Umsetzung von Mikroprojekten im Stadtteil („BezirksCash“)

Jährlich soll in drei der zehn Düsseldorfer Stadtbezirke ein breit angelegtes Partizipationsprojekt initiiert, durchgeführt und durch das Jugendamt, dem Jugendring, den Jugendverbänden, Till Eulenspiegel und dem Jugendrat begleitet werden. Dieses soll sich an Kinder bzw. Jugendliche und junge Erwachsene wenden.

Mit den **Bezirkschecks**, die für die Dauer von sechs bis acht Wochen ausgelegt sind, sollen die jeweiligen Zielgruppen ihren Stadtteil analysieren. Auf einer Kinder- und einer Jugendversammlung bzw. Kinder- und Jugendkonferenz kann die Zielgruppe ihre Wünsche und Ideen für die zukünftige Entwicklung des Sozialraums artikulieren und diese mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung erörtern. Am Ende sollen konkrete Vereinbarungen zur Umsetzung fixiert werden. Im Vorfeld der Versammlungen bzw. Konferenzen wird der Sozialraum analysiert und Veränderungspotentiale benannt und entwickelt. In diesem Prozess sollen auch reale Planungsprozesse des Stadtbezirks (Erstellung von Spielplätzen etc.) Eingang finden. Es werden im Vorfeld die Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen, Kinder-, Jugendgruppen und Verbände, Kindertagesstätten zu einer Beteiligung an diesem Prozess und an der Teilnahme an den Versammlungen motiviert. Zur Umsetzung erhalten alle Akteure eine konkrete Unterstützung, die aus einer Einführungsveranstaltung (Methodische Umsetzung), personelle Begleitung (jugendliche Partizipationsmanager/innen und pädagogische Fachkräfte) besteht. Als zentrales Element

wird auch eine spezielle Applikation (App: #STADTCHECK) dienen, die hierzu mit Jugendlichen speziell entwickelt wird. Es wird eine enge Kooperation mit den Bezirksvertretungen bei der Umsetzung der Aktivitäten Wert gelegt. Diese sollen sich zu einer Verstetigung verpflichten.

Den Kindern und Jugendlichen wird darüber hinaus ein kleines finanzielles Budget zur Realisierung von kleinen Maßnahmen zur Verfügung gestellt (**Förderfond: „BezirksCash“**).

ReCheck: Zukünftig soll es innerhalb von zwölf Monaten in den Stadtbezirken, die einen Bezirkscheck durchgeführt haben, eine Folgeveranstaltung geben – den sogenannten #ReCheck. Hier wird über die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen der Kinder- und Jugendversammlung und den jeweiligen Sachstand informiert. Über den Stand der Umsetzung wird auch zukünftig das Düsseldorfer Jugendinternetportal YOUPOD (www.youpod.de) informieren. Der erste ReCheck soll ab dem Herbst 2017 im Düsseldorfer Stadtteil Garath erfolgen. Damit wird der in den Jahren 2015/2016 begonnene Planungsprozess eine Fortsetzung finden, der unter dem Begriff „Garath 2.0 – Den Wandel gestalten“ firmiert.

Jugendforen

Mit den Kinder- und Jugendforen sollen altersgemäß kinder- bzw. jugendrelevante Themen bearbeitet und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung erörtert sowie gemeinsam Schritte für eine mögliche Umsetzung entwickelt werden. Die Foren können und sollen aus verschiedenen Elementen bestehen (Plenum/Diskussionen, kreative oder inhaltliche Workshops etc.) und werden ggf. von einem „Markt der Möglichkeiten“ (Jugendverbände, Jugendrat, Initiativen und Organisationen stellen sich und ihre Arbeit vor) sowie einem Konzert oder einer Theateraufführung flankiert. Es soll nach der Erprobung mindestens einmal jährlich durchgeführt werden. Für das 4. Quartal ist die Umsetzung eines Forums für Jugendliche vorgesehen. Es soll zentrale Themen der Jugendlichen behandeln und in der Altstadt durchgeführt werden.

Die Veranstaltungsorte für die Jugendforen müssen für Jugendliche spannend sein. Im Laufe des Jahres 2018 werden die Jugendforen ausgewertet und das Konzept für die Düsseldorfer Jugendforen weiter entwickelt.

Partizipationsmanager/innen

Im Rahmen von Workshops (Wochenende und Abendtermine) werden Jugendliche und junge Erwachsene zu „Partizipationsmanagern bzw. Partizipationsmanagerinnen“ ausgebildet und qualifiziert. Diese Zielgruppe wird zukünftig die Umsetzung der einzelnen Aktivitäten in den

Bezirken und die Jugendforen inhaltlich begleiten und einzelne Maßnahmen in Kooperation mit den pädagogischen Fachkräften umsetzen.

Diese Ausbildung wird gemeinsam vom Jugendring Düsseldorf und dem Jugendamt der Landeshauptstadt gestaltet und durchgeführt und durch Mittel des Landes finanziell gefördert.

Zu den Inhalten der Ausbildung gehören u. a.:

- Unterschiedliche Formen der Partizipation
- Moderation von Partizipationsprozessen
- Methodentraining
- Großgruppenspiele
- Umgang und Einsatz der App #Stadtcheck

App „#Stadtcheck“

Die Durchführung der Bezirkschecks soll neben personellen Ressourcen durch geeignetes Material unterstützt werden. Hierzu gehört u. a. auch die **App #Stadtcheck**. Dieses Planungselement für Kinder und Jugendliche wird in Düsseldorf eigens für die Bezirkschecks von Jugendlichen und Kindern entwickelt. Es ist ein crossmediales Projekt, welches aus einer App, einer Webseite und einem Workbook bestehen soll. Für die Umsetzung konnte bereits die Sachbuchautorin Anke M. Leitzgen und ihr Team gewonnen werden.

Mit der App als Werkzeug und den richtigen Fragen können wertvolle Erkenntnisse über die Funktion und die Bedeutung des öffentlichen Raums für Kinder und Jugendliche gewonnen werden. Die App wird auf den Erfahrungen der bereits bestehenden Applikation Stadtsache (www.stadtsache.de) aufbauen, diese ergänzen und erweitern. Dank der bildorientierten App und der künstlerischen Aktionen können auch Kinder und Jugendliche mit geringen Sprach- und Schreibkenntnissen in Deutsch vollwertig teilnehmen.

Die konkrete Entwicklung und Ausgestaltung der App #Stadtcheck erfolgt mit und durch Kinder und Jugendliche selbst.

Seit Juli 2017:

- Workshops mit Jugendlichen zur Entwicklung der App #Stadtcheck
- Geplant sind insgesamt sechs Treffen (mehrständig und teilweise mehrtägig)

Neben der Entwicklung und der Realisierung der App #Stadtcheck wird ab dem Sommer 2017 weiteres Material (Methodensammlung, Aktionsideen) erstellt bzw. zusammengestellt und als den am Bezirkscheck teilnehmenden Akteuren zur Verfügung gestellt.

„Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen zu verankern, muss zusammen mit den relevanten Akteuren vor Ort in einem partizipativen Prozess ein Konzept mit überprüfbaren Zielen erarbeitet werden“²²

Da sich die Beteiligung junger Menschen unserer Stadt nicht nur auf Fragen der Jugendhilfe beschränkt, bedarf es aus der Sicht des Jugendamtes um ein ämterübergreifendes Vorgehen und um eine gesamtstädtische Sicht und Abstimmung. Daraus ergeben sich die nachfolgenden nächsten Arbeitsschritte:

- **Ämterübergreifender Austausch** zur Umsetzung und zur Abstimmung des weiteren Vorgehens. Ein erstes Treffen ist für das 4. Quartal 2017 vorgesehen und soll durch das Jugendamt moderiert werden.
- **Gemeinsame ämterübergreifenden Fortbildung.** Solche Qualifizierungen werden bereits seit Jahren in einigen Bundesländern erfolgreich angeboten und praktiziert. Von zentraler Bedeutung ist die Qualifizierung der Akteure aus Verwaltung, insbesondere über den Bereich der Jugendhilfe hinaus (Mitarbeiter/innen des Garten- und des Stadtplanungsamtes etc.). Mit einer gemeinsamen Fortbildung soll auch die Grundlagen für eine zukünftige qualifizierte Zusammenarbeit gelegt werden, die in einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe münden könnte und sollte.
- **Bildung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe** zur weiteren Koordination sowie zur Festlegung von gemeinsamen Arbeitsschwerpunkten und Standards.

Praxisbericht der Düsseldorfer Jugendhilfe

Aufbauend auf den hier vorgelegten ersten Partizipationsbericht wird das Jugendamt 2018 einen Praxisbericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Düsseldorf erstellen.

Jugendbefragung: Jugend braucht FreiRaum!?

Die Stadt Düsseldorf führt ab dem Jahr 2018 regelmäßig alle drei Jahre eine Jugendbefragung in der Altersgruppe von 14 - 20 Jahren durchführt. Für die Konzeption, Durchführung und Auswertung der Jugend wird eine Lenkungsgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Jugendrates, der Jugendverbände, des Jugendringes, des Jugendamtes und des

²² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Herausgeber] (2015:: „Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Allgemeine Qualitätsstandards und Empfehlungen für die Praxisfelder Kindertageseinrichtungen, Schule, Kommune, Kinder- und Jugendarbeit und Erzieherische Hilfen“.

Amtes für Statistik und Wahlen gebildet. Es wird für die Teilnahme an der Befragung eine repräsentative Stichprobe aus der Altersgruppe durch das Amt für Statistik und Wahlen erstellt werden und per Brief zur Beteiligung an der Umfrage eingeladen werden.

Zusätzlich sollen Jugendliche über die Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendverbände und über die Schulsozialarbeit motiviert werden, sich an der Umfrage zu beteiligen.

Die kommunale Jugendbefragung soll nicht als sozialwissenschaftliche Studie, sondern als eine weitere Partizipationsmöglichkeit von Jugendlichen verstanden werden. Die Düsseldorfer Jugend soll die Möglichkeit erhalten, ihre wichtigen Anliegen und Themen gegenüber der Stadt zu artikulieren. Die Befragung soll damit zum einen die Einstellungen und Bedarfe von jungen Düsseldorferinnen und Düsseldorfer zu bereits bekannten Problemen und Fragestellungen strukturiert erfassen und zum anderen neue Themen und Stimmungen identifizieren, die bisher nur vermutet werden konnten. Darüber hinaus wird mit der Befragung der Fokus darauf gelegt, dass Jugendliche grundsätzlich von Anfang an die Möglichkeit erhalten, die Themen zu platzieren, die sie bewegen. Um diese Themen für die Befragung zu identifizieren, bedarf es eine frühzeitige Einbindung von Jugendlichen bei der Entwicklung der Befragung. Jugendliche werden über Workshops an Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen, in den Jugendverbänden und im Jugendrat an der Identifizierung ihrer Themen und bei der Entwicklung der Fragestellung beteiligt. Mit den jugendlichen Entwicklerinnen und Entwicklern wird dann auch eine Auswertung und gemeinsame Interpretation der Ergebnisse der Befragung vorgenommen werden. Wichtig ist auch ein Konzept zum Umgang mit den möglichen Ergebnissen einer solch partizipativen Befragung zu entwickeln. Hierfür sollte das Konzept nach der Festlegung der Themen für die Befragung festgelegt werden.

„Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so.“²³

In dem Sinne machen wir uns auf in ein partizipatives Düsseldorf!

²³ Negt, Oscar (2010): Der Politische Mensch: Demokratie als Lebensform, S. 27.